



Sprechstunde:  
17. Mai 2002, 10:10 Uhr MEZ

**Deutsche Bundesbank**

**Prof. Dr. Hermann Remsperger**

Mitglied des Vorstands  
der Deutschen Bundesbank

**Die deutsche Wirtschaft im europäischen Kontext**

Vortrag an der Universität Konstanz

am 17. Mai 2002

## **Die deutsche Wirtschaft im europäischen Kontext**

Die deutsche Wirtschaft hat im Jahr 2001 mit einem Wirtschaftswachstum von 0,6 % das ungünstigste Ergebnis im Euro-Raum erzielt. In der deutschen Öffentlichkeit, aber auch im Ausland, ist in den letzten Monaten vermehrt über die Gründe für die unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung diskutiert worden.

### **I. Anmerkungen zur Schlusslichtdebatte**

Die sogenannte Schlusslichtdebatte in Deutschland hat sich freilich nicht nur daran entzündet, dass der Wachstumsrückstand Deutschlands gegenüber dem Euro-Raum im Jahr 2001 mit rund einem Prozentpunkt besonders deutlich ausgefallen ist. Schon in den Jahren zuvor zählte die Bundesrepublik zum Kreis der Länder mit einem schwachen Wachstum. Während das BIP der heutigen Euro-Länder seit 1995 um insgesamt 15 % gestiegen ist, nahm es in Deutschland nur um 10 % zu. Entsprechend hinkte die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate in Deutschland mit gut 1 ½ % um drei viertel Prozentpunkte hinterher. Beim Vergleich Deutschlands mit dem Euro-Raum ohne Deutschland erhöht sich der deutsche Wachstumsrückstand auf reichlich einen Prozentpunkt. Im Jahr 2001 für sich betrachtet waren es sogar 1 ½ Prozentpunkte.

Die Gründe für diesen Befund sind – um das Ergebnis hier schon vorweg zu nehmen – zu einem Teil transitorischer Natur. Zu einem anderen Teil sind sie aber auch struktureller Natur und oft nur durch

eine in sich stimmige Ordnungs-, Sozial- und Lohnpolitik überwindbar.

Eine der Ursachen für die Wachstumsschwäche in Deutschland stellt die seit Mitte der neunziger Jahre andauernde Strukturkrise der Bauwirtschaft, insbesondere in den neuen Bundesländern, dar. Nach der Wende in Ostdeutschland war es dort zu einem Bauboom gekommen. Dazu hatten die durch massive finanzielle Anreize geförderte Nachfrage nach Wohnraum sowie die notwendige Beseitigung von Engpässen in der öffentlichen Infrastruktur maßgeblich beigetragen. Gleichzeitig regte die zunehmende Wohnungsknappheit in Westdeutschland die Baukonjunktur an. In dieser Phase nahmen die Baukapazitäten und das Angebot an Bauten vor allem in den neuen Bundesländern jedoch erheblich stärker zu als die längerfristige Absorptionsfähigkeit des Immobilienmarktes. Hinzu kam, dass die öffentliche Baunachfrage nicht zuletzt auf Grund der immer schwieriger werdenden Lage der öffentlichen Haushalte ab 1993 zurückgefahren werden musste. Die finanziellen Anreize für Bauherren wurden schrittweise reduziert.

So geriet die Bauwirtschaft Mitte der neunziger Jahre in eine schwere Anpassungskrise, die sie bisher noch nicht überwunden hat. Im Zeitraum 1995 bis 2001 sind die realen Bauinvestitionen um nicht weniger als 11 ½ % gesunken. In Ostdeutschland belief sich der Rückgang seit dem Höchststand im Jahr 1995 sogar auf mehr als ein Drittel.

Mit der sich abschwächenden Nachfrage nach Bauleistungen waren ein kräftiger Kapazitätsabbau und hohe Arbeitsplatzverluste verbunden. Die Zahl der Beschäftigten lag 2001 um ein Fünftel niedriger als 1995. Der Anteil der realen Bruttowertschöpfung im Baugewerbe an der Wertschöpfung insgesamt sank in den Jahren 1995 bis 2001 in Deutschland um reichlich 1 ½ Prozentpunkte auf 5 % und in den neuen Bundesländern um 7 ½ Prozentpunkte auf 9 ½ %. Das Gewicht der Bauindustrie in Ostdeutschland ist derzeit also immer noch deutlich höher als im Westen.

Durch die schrumpfende Bautätigkeit wurde das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2001 – stellt man rechnerisch nur auf die direkten Wirkungen ab - um einen viertel Prozentpunkt gebremst. Ohne den Rückgang der Bauinvestitionen in Deutschland seit Mitte der neunziger Jahre wäre der Wachstumsrückstand gegenüber dem Euro-Raum im Durchschnitt der Jahre also niedriger ausgefallen.

Einen weiteren Hinweis auf die Ursachen der Wachstumsschwäche in Deutschland gibt die vergleichsweise verhaltene Ausweitung des privaten Verbrauchs, der seit 1995 um jahresdurchschnittlich drei Viertel Prozentpunkte weniger wuchs als im heutigen Euro-Raum. Dies ist zum Teil auf die im Vergleich zum Euro-Raum ungünstigere Beschäftigungsentwicklung zurückzuführen: Während die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Zeitraum 1995 bis 2001 um insgesamt 3 ½ % zunahm, expandierte sie in den jetzigen Mitgliedsländern der EWU um fast 8 ½ %.

Ausschlaggebend für diese Diskrepanz war zum einen der drastische, zum Teil noch transformationsbedingte Stellenabbau in den neuen Bundesländern. Zum anderen haben die kräftigen Lohnerhöhungen, vor allem in der Boomphase Anfang der neunziger Jahre, den Rationalisierungsdruck in den Unternehmen zeitweise deutlich erhöht. Diese Fehlentwicklungen bei den Löhnen sind inzwischen jedoch weitgehend korrigiert worden. Die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft lagen zuletzt nur wenig höher als 1995. Nach den bisherigen Lohnabschlüssen ist im laufenden Jahr erneut mit einem Anstieg der Lohnstückkosten zu rechnen.

In den letzten Jahren schlug bei den deutschen privaten Haushalten stark zu Buche, dass der Staat durch die stufenweisen Anhebungen der Energiesteuern sowie administrierte Preiserhöhungen in erheblichem Maße Kaufkraft abgeschöpft hat. Dies war in den meisten anderen Ländern in der EWU nicht oder in merklich geringerem Umfang der Fall. Anfang 2002 ist der private Verbrauch in Deutschland erneut durch Anhebungen indirekter Steuern belastet worden.

In diesem Zusammenhang ist die drastische Erhöhung der Ölpreise in den Jahren 1999/2000 natürlich ebenfalls zu erwähnen. Davon waren die privaten Haushalte in den südeuropäischen Teilnehmerländern nicht ganz so stark betroffen, weil sie - gemessen an ihren Gesamtbudgets - weniger für Heizöl ausgeben. Hinzu kommt, dass es in Deutschland im Jahr 2000 – anders als in einigen EWU-Partnerländern – keine nennenswerten unmittelbaren staatlichen Hilfen für die Verbraucher von Mineralölprodukten gab.

Mit zusätzlichen fiskalischen Belastungen war der Verbraucher schon in der zweiten Hälfte der 90er Jahre konfrontiert. Sie resultierten vor allem aus der Finanzierung der umfangreichen Transferzahlungen für den Aufbau Ostdeutschlands. Seit 1995 wurde die Abgabenquote, die sowohl Steuern als auch Sozialversicherungsbeiträge umfasst, schrittweise von gut 42 % des BIP auf fast 44 % im Jahr 2000 angehoben. Vor allem durch die zum 1. Januar 2001 wirksam gewordene Steuerreform ist mit 42,3 % dann wieder ein spürbarer Rückgang erreicht worden. Insgesamt sind die Belastungen des privaten Sektors durch Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich aber immer noch relativ groß.

Die privaten Haushalte in Deutschland reagierten auf den härteren fiskalischen Zugriff mit einer Verringerung der Sparneigung. Dies reichte aber nicht aus, um die genannten Entzugseffekte auch nur annähernd zu kompensieren. Die für die Jahre 2003 und 2005 beschlossenen weiteren Steuerreformstufen werden den Einkommensspielraum tendenziell ausweiten und damit auch die Voraussetzungen für ein stärkeres Konsumwachstum verbessern.

Richtet man den Blick jetzt zur Erklärung der deutschen Wachstumsschwäche wieder zurück, dann ist daran zu erinnern, dass die Zinsen bereits im Vorfeld der dritten Stufe der europäischen Währungsunion in einigen EU-Staaten mit zuvor recht hohen kurz- und langfristigen Zinsen stark gesunken sind. So lagen die Zinsen für langfristige Staatsanleihen in Italien und Spanien noch im Jahr 1995 um fünf bis sechs Prozentpunkte über den Sätzen für deutsche Bundesanleihen. Zu der weitgehenden Angleichung der Zinsen in

diesen Ländern an das deutsche Niveau dürften neben verbesserten Fundamentaldaten auch die Markterwartungen über eine frühzeitige EWU-Teilnahme maßgeblich beigetragen haben.

Aus diesem Zinskonvergenzprozess konnte Deutschland als früheres Ankerland im EWS keine unmittelbaren Vorteile ziehen. Hinzu kommt, dass bei zuletzt relativ geringen Unterschieden zwischen den Nominalzinsen die Preissteigerungsraten in den EWU-Ländern weiterhin merklich differierten. Dabei wies Deutschland meistens niedrigere Teuerungsarten auf als der Euro-Raum insgesamt, so dass die kurzfristigen Realzinsen hier zu Lande höher waren und es gegenwärtig auch noch sind.

In Ländern, die in den vergangenen Jahren in den Genuss des teilweise außerordentlich kräftigen Zinsrückgangs kamen, wurden die Investitionen stimuliert und die Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte gefördert. Zugleich wurde dort die Rückführung der öffentlichen Defizite auf Grund der geringeren Zinsbelastung erleichtert. Mit der Einführung des Euro ist somit gewissermaßen ein früherer Wettbewerbsvorteil der deutschen Wirtschaft, nämlich vergleichsweise niedrige Zinsen, vergemeinschaftet worden, während entsprechende Wettbewerbsnachteile nicht Zug um Zug abgebaut wurden, so dass diese zumindest zeitweise im Kalkül der Investoren an Gewicht gewannen.

## II. Perspektiven am aktuellen Rand

Nun dürften die wachstumsfördernden Effekte des Zinskonvergenzprozesses in den früheren Hochzinsländern aber allmählich geringer werden oder bereits geringer geworden sein. Auch einige andere Faktoren, die für die seit Mitte der neunziger Jahre anhaltende relative Wachstumsschwäche in Deutschland verantwortlich gemacht werden, scheinen an Bedeutung zu verlieren. Die Anpassungskrise in der Bauwirtschaft wird sich wohl entschärfen, und die steuerlichen Belastungen der privaten Haushalte dürften künftig eher zurückgehen. So gesehen könnte Deutschland trotz vieler fortwährender Belastungen durchaus wieder ein Wachstum erzielen, das weniger stark vom EWU-Durchschnitt abweicht.

Nach dem im April d.J. veröffentlichten World Economic Outlook des IWF zum Beispiel wird sich der Wachstumsrückstand Deutschlands zum Euro-Raum bereits im laufenden Jahr auf einen halben Prozentpunkt verringern. Darüber hinaus prognostiziert der IWF, dass die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr noch näher an die durchschnittliche Expansionsrate der EWU-Länder herankommen könnte.

Allerdings ist eine nachhaltige konjunkturelle Erholung in Deutschland noch kein Selbstläufer. Nach dem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts im Verlauf der zweiten Hälfte letzten Jahres dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2002 nach eigenen Schätzungen der Bundesbank gegenüber dem letzten Viertel des vergangenen Jahres zwar wieder etwas zugenommen



haben, doch war die Aufwärtsbewegung noch recht begrenzt und nicht breit fundiert.

Positive Impulse gingen in den ersten Monaten des Jahres im Gefolge der internationalen Konjunkturbelebung vor allem von der außenwirtschaftlichen Seite aus. Damit konnte die deutsche Wirtschaft von der Verbesserung des globalen Umfelds profitieren, was sich auch in einem Anstieg der Auftragseingänge aus dem Ausland niederschlug. Während die Wareneinfuhren im ersten Quartal um fast 1 ½ % gegenüber dem vierten Quartal 2001 stiegen, blieben die Wareneinfuhren um annähernd 4 % hinter dem Vorquartalswert zurück. Die anhaltend schwache inländische Nachfrage bremste die Importtätigkeit. Die Investitionsaktivität der Wirtschaft blieb wegen des niedrigen Auslastungsgrades der Sachanlagen sehr verhalten. Weder neue Ausrüstungen noch Bauten wurden in größerem Umfang geordert. Der Lagerdruck hat im ersten Quartal noch angehalten.

Die privaten Haushalte waren nicht nur im Bereich des Wohnungsbaus weiterhin sehr zurückhaltend. Auch größere Anschaffungen für Konsumzwecke wurden eher zurückgestellt. Die Umfragen der GfK signalisieren unverändert eine nur geringe Kaufbereitschaft. Möglicherweise haben die vielfältigen Preiseinflüsse im ersten Quartal die Konsumneigung der privaten Haushalte gedämpft. Auch werden den Umfragen zufolge die Einkommensperspektiven nach wie vor als nicht besonders günstig eingestuft. Dabei mag eine Rolle spielen, dass der Arbeitsmarkt bis zuletzt im Zeichen der konjunkturellen Schwäche stand.

Bewegt sich die Wirtschaft - wie seit einiger Zeit - ohnehin nur auf einem relativ flachen Potentialpfad, können schon kleinere Störungen oder Eintrübungen der Stimmungslage die Konjunktur empfindlich treffen. Nach den zumindest partiell erkennbaren Anzeichen einer konjunkturellen Erholung in Deutschland wird ihr Ausmaß unter anderem von den Ölpreisen und der Weltwirtschaft abhängen, die im vergangenen Winter ihre Talsohle überschritten haben dürfte.

Insgesamt betrachtet wird es im Euro-Raum voraussichtlich noch auf lange Zeit größere Wachstumsunterschiede geben. Dazu wird allein schon der noch verbleibende Aufholprozess jener Volkswirtschaften in der EWU beitragen, deren Wohlstandsniveaus derzeit noch beträchtlich unter dem der reichen Kernländer liegen. Die Erweiterung der Europäischen Union und später möglicherweise auch der EWU um Länder, die jetzt noch weit unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen aufweisen, wird hier wahrscheinlich für zusätzliche Differenzierungen in der Wachstumsskala sorgen. Das bedeutet, dass Deutschland als reife Volkswirtschaft die Spitzenplätze in dieser Skala - wie schon in der Vergangenheit - wohl den Aufholländern „überlassen“ muss. Für einen analytisch aussagekräftigen Wachstumsvergleich Deutschlands im Euro-Raum sollten deshalb eigentlich nur andere Kernländer, wie Frankreich, Italien und die Niederlande, herangezogen werden.

In der Schlusslichtdebatte wird nicht zuletzt auch auf Reformdefizite im Sozialsystem und am Arbeitsmarkt hingewiesen. Kontrovers ist aber, inwieweit damit gerade die Wachstumsunterschiede zwischen

den Kernländern im Euro-Raum erklärt werden können. So weisen einige Länder bei ähnlich gravierenden Reformdefiziten in den letzten Jahren eine bessere Wachstumsbilanz auf als Deutschland. Hier besteht noch ein erheblicher Analysebedarf.

### III. Europa und USA im Vergleich

Der Hinweis auf strukturelle Verkrustungen dient insgesamt auch weniger der Erklärung von Wachstumsunterschieden zwischen den Kernländern der Europäischen Währungsunion. Sie werden eher als wichtige Ursache für den Rückstand des gesamten Euro-Raums gegenüber den USA angesehen. Im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2000 nahm das reale BIP in den USA um 4 % zu, verglichen mit 2 ½ % in den heutigen EWU-Ländern. Wegen der im zweiten Halbjahr 2000 einsetzenden stärkeren Abkühlung der amerikanischen Konjunktur ist die US-Wirtschaft im Jahr 2001 zwar erstmals seit längerem wieder etwas weniger gewachsen als der Euro-Raum. Nach der jüngsten Vorhersage des IWF könnte die gesamtwirtschaftliche Produktion in den USA aber bereits im laufenden Jahr wieder kräftiger zunehmen als im Euro-Raum.

Bei den Wachstumsunterschieden zwischen den USA und Westeuropa in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre handelt es sich wohl größtenteils nicht um ein konjunkturelles Phänomen. Dies zeigen auch die Schätzungen des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials, die den USA auch auf längere Sicht eine deutlich höhere wirtschaftliche Dynamik attestieren als dem Euro-Raum.

In diesem Zusammenhang ist allerdings auf methodische Divergenzen bei der Ermittlung des realen BIP hinzuweisen, die zu einer statistischen Überzeichnung des Wachstumsvorsprungs der USA führen. Hier sind vor allem die unterschiedlichen Verfahren zu nennen, die in den USA einerseits und in weiten Teilen des Euro-Raums andererseits zur Bewertung bzw. Erfassung von Qualitätsunterschieden im Rahmen der statistischen Preismessung verwandt werden. So werden bei Gütern mit starken Qualitätsverbesserungen, wie es bei IT-Produkten der Fall ist, mit dem in den USA gebräuchlichen hedonischen Verfahren tendenziell stärkere Preisrückgänge angezeigt als mit dem in Westeuropa noch vielfach üblichen traditionellen Konzepten.

Dies hat rein rechnerisch auch Auswirkungen auf das Wachstum des realen BIP in beiden Wirtschaftsräumen. Nach Schätzungen der Bundesbank wäre die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 1999 um knapp einen viertel Prozentpunkt höher ausgewiesen worden, wenn das amerikanische Deflationierungskonzept angewandt worden wäre. Freilich zeigen diese Zahlen zugleich, dass sich nur ein kleiner Teil der gesamten Wachstumsdivergenz zwischen den USA und Deutschland bzw. dem Euro-Raum auf die Anwendung unterschiedlicher statistischer Methoden zurückführen lässt.

Ermittelt man die Quellen des Wirtschaftswachstum mit Hilfe einer sogenannten Solow-Zerlegung der Wachstumsrate, so liegt es nahe, einen Teil der Probleme des Euro-Raums auf dem Arbeitsmarkt zu suchen. Der Beitrag des Faktors Arbeit zum Wirtschaftswach-

stum lag in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre mit 0,4 Prozentpunkten p.a. nur bei rund einem Viertel des amerikanischen Werts. Außerdem expandierte die totale Faktorproduktivität in den USA erheblich stärker. Der Faktor Kapital leistete dort ebenfalls einen höheren Wachstumsbeitrag.

In der Liste der wachstumshemmenden Faktoren auf den europäischen Arbeitsmärkten wird oft an prominenter Stelle die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in Westeuropa genannt, die die Aufnahme einer offiziellen Erwerbstätigkeit häufig nicht lohnenswert erscheinen lassen. Mit Blick auf den Euro-Raum wird außerdem auf gewisse Defizite bei den Investitionen in das Humankapital, insbesondere im Bereich der Hochtechnologien hingewiesen. Bei alledem sei die Differenzierung der Löhne nach Sektoren, Qualifikationen und Regionen in den USA größer als hier zu Lande.

Beim Wachstumsvergleich mit den USA ist schließlich auch die demographische Entwicklung zu berücksichtigen. Hier zeigt sich, dass die Bevölkerung in den USA schneller wächst und infolge dessen das Gewicht der relativ konsumfreudigen jungen Menschen noch deutlich höher ist als bei uns. Bezieht man die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung in den Wachstumsvergleich mit ein, so verringert sich der Wachstumsvorsprung der USA deutlich. Das reale BIP pro Kopf nahm dort im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2001 um gut 2 ½ % p.a. zu und damit nur um gut einen halben Punkt stärker als in Westeuropa. Eine solche Pro-Kopf-Betrachtung ist unter Wohlstandsaspekten aussagekräftiger als die übliche Gegenüberstellung von BIP-Zuwachsraten.

Nimmt man die deutlich höheren amerikanischen Abschreibungsquoten sowie den bereits erwähnten „measurement bias“ mit ins Bild, so scheint sich das Wohlstandsgefälle zwischen den USA und dem Euro-Raum in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre bei weitem nicht so stark ausgeweitet zu haben, wie es die Unterschiede beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts vielleicht nahelegen. Freilich muss aus europäischer Sicht nachdenklich stimmen, dass sich der Rückstand gegenüber den USA beim realen Nettoinlandsprodukt pro Kopf überhaupt noch vergrößert hat.

Die kräftigere Zunahme der totalen Faktorproduktivität in den USA wird in der Literatur zum einen auf intensivere Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zurückgeführt. Zum anderen gibt es Hinweise, dass sich neue Technologien in den USA rascher ausbreiten als in Europa. Dies gilt vor allem für die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, deren Wachstumsbeiträge in Kontinentaleuropa geringer sind als in den USA. Dafür werden vor allem institutionelle Unterschiede verantwortlich gemacht, wie zum Beispiel Arbeitsmarktrigiditäten, und die im Allgemeinen hohen bürokratischen Hürden bei Unternehmensgründungen.

Querschnittsuntersuchungen zeigen, dass Staaten mit geringer Staatsquote und geringer Steuerbelastung schneller wachsen als solche mit einem größeren Staatskorridor. Die Staatsquote in den USA ist erheblich niedriger als im Euro-Raum, wobei aber zu berücksichtigen ist, dass in der Höhe der Staatsquote auch die Präfe-

renzen für das gewünschte Niveau der sozialstaatlichen Absicherung zum Ausdruck kommen.


Zur Begründung der Abweichungen beim Wirtschaftswachstum zwischen den USA und dem Euro-Raum wird gelegentlich auch auf die Geldpolitik verwiesen. Die amerikanische Notenbank habe ein duales Mandat und sei damit stark konjunkturorientiert, während die EZB das Ziel der Geldwertstabilität mit hoher Priorität verfolge. Die europäische Geldpolitik sei, so meinen einige Kritiker, zu restriktiv angelegt. Sie würde das Wachstum dämpfen. Dem kann aber zum einen entgegengehalten werden, dass sich die postulierten Unterschiede zwischen der amerikanischen und der europäischen Geldpolitik empirisch kaum nachweisen lassen. Zum anderen gibt es eine starke Evidenz für die Hypothese, dass die Geldpolitik auf lange Sicht in Bezug auf die Produktion neutral ist, Preisstabilität die Wohlfahrt erhöht und es keine wirtschaftspolitisch systematisch nutzbare Austauschbeziehung zwischen Preisstabilität und Wachstum gibt.

Abschließend sei festgehalten, dass selbst dann, wenn die Wachstumsunterschiede zwischen den USA und dem Euro-Raum überwiegend nicht zyklischer Natur sind, es doch keineswegs sicher ist, dass sie weiterhin so groß bleiben wie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Bei dieser Beurteilung spielen die makroökonomischen Ungleichgewichte in den USA, wie etwa das hohe Leistungs-bilanzdefizit und die hohe Verschuldung von Unternehmen und privaten Haushalten eine wichtige Rolle.

Zur dauerhaften Überwindung der Wachstumsschwäche in Europa sind vor allem die Ordnungs-, Sozial- und Lohnpolitik gefordert. So ist es notwendig, die Deregulierung an den Märkten weiter zu forcieren. Von großer Bedeutung dürfte dabei die Beseitigung bestehender Hemmnisse an den Arbeitsmärkten sein. Hier sind in den vergangenen Jahren zwar einige Anstrengungen unternommen worden, der Problemdruck ist jedoch nach wie vor groß. Teilweise ist er sogar größer geworden. Dies gilt auch für wichtige Teile des sozialen Sicherungssystems, zumal es unter der demographischen Entwicklung leidet.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben auf dem Gipfel in Lissabon im April 2000 den Vorsatz gefasst, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandort in der Welt zu machen. Dieser Vorsatz ist auf dem Gipfel in Barcelona im März d.J. bekräftigt worden. Jetzt geht es darum, den Ankündigungen überzeugende Taten folgen zu lassen. Dann, aber auch nur dann, bestehen gute Chancen, dass sich die derzeit in Europa wieder allseits beklagte starke Abhängigkeit von der US-Wirtschaft auf mittlere Sicht nachhaltig verringert und der Euro-Raum zu einer eigenständigen dynamischen Größe in der Weltwirtschaft „heranwächst“.





Sendesperfrist:  
6. Juni 2002, 16:30 Uhr MESZ

**Deutsche Bundesbank**

**Ernst Welteke**

Präsident

der Deutschen Bundesbank

**Die Neue Bundesbank**

**Ansprache anlässlich der Einführung des  
Vorstandes der Deutschen Bundesbank**

**in Frankfurt am Main**

**am 6. Juni 2002**

I

Sehr geehrter Herr Minister Eichel,  
sehr geehrter Herr Dr. Hoppenstedt  
lieber Herr Palsbröcker,  
liebe Kollegen, liebe Mitarbeiter, liebe Gäste,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Namen des Vorstands der Deutschen Bundesbank begrüße ich Sie alle sehr herzlich hier im Festsaal der Goethe-Universität Frankfurt auf dem Campus Westend.

Wir alle wurden bereits von dem Jugend Jazz Orchester Hessen unter der Leitung von Wolfgang Diefenbach begrüßt und eingestimmt. Dafür und für die weitere musikalische Begleitung, sage ich schon jetzt, herzlichen Dank.

Bevor ich einige wenige Ehrengäste namentlich willkommen heiße, alle Anderen mögen mir verzeihen, möchte ich mich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank wenden. Stellvertretend haben wir für unsere etwa 16.000 Bediensteten unter anderem die Leiter der Filialen, der 68 früheren Hauptstellen, eingeladen. Und wir werden morgen auf der ersten Führungskonferenz der Bundesbank mit Ihnen und anderen Führungskräften aus den Hauptverwaltungen und der Zentrale die zukünftige Ausrichtung der Bundesbank diskutieren.

In den letzten Jahren ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesbank viel abverlangt worden. Sie hatten erstens die Übertragung ihrer wichtigsten Aufgabe, die Sicherung der Geldwertstabilität auf eine supranationale Ebene, die Europäische Zentralbank, zu organisieren. Durch die Gründung des Europäischen Systems der Zentralbanken wurde aus der Zentralbank mit der Verantwortung für die Ankerwährung D-Mark eine unter zwölf gleichberechtigten Zentralbanken.

Zweitens bewältigten sie reibungslos am 1.1.1999 die Euroeinführung und am 1.1.2002 die gewaltige logistische Aufgabe des Bargeld-Austausches. In dieser Zeit kamen so

viele Bürgerinnen und Bürger in unmittelbaren Kontakt mit der Bundesbank wie noch nie in ihrer Geschichte. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebührt Dank und Anerkennung.

Allerdings muss ich Sie gleich auch um Verständnis bitten, dass uns weitreichende strukturelle Entscheidungen bevorstehen. Nicht auf jede Frage haben wir schon jetzt die passende Antwort. Unsicherheiten bleiben also bestehen. Wichtige Weichen hat der Vorstand bereits gestellt:

- Erstens wird die Filialstruktur regelmäßig überprüft, und die früheren Zweigstellen werden – vorbehaltlich der Gremienzustimmung – bis 2007 geschlossen. Davon sind etwa 1.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen, denen wir zum Teil andere Arbeitsplätze anbieten werden, bzw. die von Vorruhestandsregelungen Gebrauch machen können.
- Zweitens haben wir den Bau einer seit langem geplanten und fast begonnenen Filiale gestoppt. Wir sind uns der besonderen Verantwortung gegenüber den Beschäftigten und der betroffenen Stadt, aber natürlich auch gegenüber dem Steuerzahler bewusst.
- Drittens werden wir unsere Vorstellungen über die zukünftige Struktur der Hauptverwaltungen und die Aufgabenverteilung in Kürze präzisieren. Auch davon sind Bedienstete nicht nur positiv betroffen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste Asset in jedem Unternehmen. Ihre Motivation zu erhalten und zu fördern ist die wichtigste Managementaufgabe. Um so wichtiger ist sie in Zeiten struktureller Veränderungen.

Ich freue mich, dass die Mehrheit meiner Kollegen aus dem EZB-Rat angeführt von Präsidenten der Europäischen Zentralbank Herrn Wim Duisenberg und ihrem Vizepräsidenten Herrn Lucas Papademos unter uns weilt.

Den Bundeskanzler können wir erst später begrüßen. Gleichwohl komme ich zunächst zur Politik. Die Verabschiedung des lange diskutierten Siebenten Änderungsgesetzes zum Bundesbankgesetz erfolgte ein wenig unverhofft. Doch Kuriositäten oder Zufälle haben schon manche historische Entscheidung herbeigeführt.

Die grundlegenden Ziele der Reform sind richtig. Sie findet daher zu Recht große Akzeptanz in der Öffentlichkeit, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und in der (internationalen) geldpolitischen Community. Auch von Kritikern haben wir seit dem 22. März kaum etwas gehört. Nun ist die neue Fassung des Bundesbankgesetzes in Kraft, und der Vorstand der Bundesbank hat seine Arbeit aufgenommen. Heute wollen wir diesen Vorstand einführen und die ausscheidenden Mitglieder des Zentralbankrates verabschieden.

## II

Der dienstälteste im Reigen der ZBR-Mitglieder war Herr Hans-Jürgen Koebnick. Er wurde sogar zweimal in den Zentralbankrat aufgenommen. Zunächst als LZB-Präsident im Saarland und dann in der gleichen Funktion für die zusammengelegte LZB in Rheinland-Pfalz und im Saarland.

Auch Herr Helmut Schieber übernahm nacheinander zwei verschiedene Positionen im ZBR. Er wandelte sich vom Mitglied des Direktoriums zum LZB-Präsidenten in seiner baden-württembergischen Heimat. Er hat in seiner Zeit im Direktorium sowohl auf internationalem Parkett Fingerspitzengefühl bewiesen als auch ein tiefes Verständnis für die Spezialfragen des Kapitalmarktes entwickelt. Er ist halt ein Schwabe. Aber, er kann sogar Hochdeutsch.

Die einzige reine „Ost-LZB“ wurde von Herrn Dr. Christian Milow geleitet. Als „Eigengewächs“ ist er ein gutes Beispiel für die Aufstiegschancen in der Bundesbank. Die sich seinerzeit bietende Chance in Leipzig hat er erfolgreich genutzt. Ich möchte hervorheben, dass er sowie Herr Koebnick und Herr Schieber die jetzt umgesetzte Reform im Kern immer unterstützt haben. Es war mir in dieser strittigen Diskussion wichtig, auf den Rückhalt von erfahrenen Bundesbankern setzen zu können.

Dazu zählte ebenso das gesamte Direktorium der Bundesbank. Als einziger der Ausscheidenden war Herr Dieter Haferkamp Mitglied im Zentralbankrat und im Direktorium der Bundesbank. Er hat selbst gesagt, dass er den etwas verfrühten Abschied nicht beklagt, weil er diese Reform so gewollt und – ich füge hinzu – von Anfang an unterstützt hat. Gerade in der Debatte um die Strukturreform überzeugte er als intimer Kenner des Bundesbank-Innenlebens durch seine sachliche und rationale Argumentation.

An Herrn Klaus-Dieter Kühbacher möchte ich hervorheben, dass er sich in der Bundesbank voll in den Dienst der Wiedervereinigung gestellt hat. Er leitete in Berlin und Brandenburg eine Landeszentralbank, deren heterogenes Geschäftsgebiet nicht gerade einfach zu bedienen war. Ganz andere Akzente setzte Herr Eberhard Heinke. Aus der Bankenwelt kommend, brachte er eine Reihe betriebswirtschaftlich-organisatorischer Ideen nicht nur in die LZB Nordrhein-Westfalen, sondern darüber hinaus in den Zentralbankrat ein. Leider kann er heute nicht hier sein.

Meine Herren, Sie alle, die Sie dem Zentralbankrat angehört haben, verdienen unseren Dank. Sie haben der Bundesbank gedient und Anteil an ihrem Erfolg. Im Namen des Vorstandes der Bundesbank danke ich Ihnen für Ihre Leistungen und wünsche Ihnen persönlich alles Gute.

### III

Kommen wir zu den Neuen. Die Neuen sichern die Kontinuität der Bundesbank. Sie kennen alle die Bank und haben sich bereits im Zentralbankrat bewährt.

An ihrer Spitze der alte und neue Vizepräsident, Herr Dr. Jürgen Stark. Mit ihm verbinden wir Kompetenz und klare stabilitätspolitische Ausrichtung, internationales Ansehen und Verlässlichkeit. Ich möchte hinzufügen, dass ich auch persönlich die enge Zusammenarbeit mit ihm schätze.

In der Bundesbank bleibt Herr Edgar Meister für die Bankenaufsicht zuständig. Seine jahrelange Aufsichtserfahrung sowie sein beruflicher Werdegang in der Bankenbranche

und als Finanzminister bieten Gewähr, dass die Bundesbank in diesem Kernbereich weiterhin solide, unauffällig, aber wirksam arbeitet.

Aus der Landeszentralbank in Bayern rückt Herr Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler in den Vorstand. In seiner Person verbinden sich eine ausgeprägte Kenntnis der konkreten Abläufe in der Bank mit einem exzellenten juristischen Sachverstand. Die Zentralbereiche Recht und Hauptkasse liegen bei ihm in guten Händen.

Herr Prof. Dr. Hermann Remsperger bleibt der Chefvolkswirt unseres Hauses. Auch er stützt sich auf lange Jahre Erfahrung aus dem Geschäftsbankenbereich. Er ist bekannt als Analytiker, der in seinem geld- und wirtschaftspolitischen Urteil die Notenbankideale verinnerlicht hat. Es geht ihm nicht um die große Schlagzeile, sondern vielmehr um den mittel- und langfristigen Erfolg der Geldpolitik.

Für Kapitalmärkte und die elektronische Datenverarbeitung wird in Zukunft Herr Hans-Helmut Kotz in der Bundesbank Verantwortung übernehmen. Zudem übernimmt er auch auf europäischer Ebene eine beratende Funktion in Sachen Kapitalmarktintegration. Seine wissenschaftliche Expertise kommt ihm dabei zu Hilfe.

Dr. Hans Reckers, vormals LZB-Präsident in Hessen, bringt umfangreiche Verwaltungserfahrung mit. Diese erstreckt sich nicht nur auf die Leitung von bestehenden Behörden, sondern auch auf den Aufbau in den neuen Bundesländern. Seine mehr nach innen gerichtete Tätigkeit in der Bundesbank wird davon profitieren können.

Schließlich bleibt Dr. Hans Georg Fabritius weiterhin für den Zahlungsverkehr zuständig. Längst ist er ein über Deutschland hinaus bekannter Fachmann auf diesem auch technisch anspruchsvollen Gebiet geworden. Neben seinem Spezialwissen verfügt er über eine breite Kenntnis der gesamten Bank. In der jetzt anstehenden inneren Reform kommt ihm die Rolle des „Change Managers“ zu, da er auch für Organisation und Controlling zuständig ist.

Meine Herren, liebe Kollegen, ich möchte es heute noch einmal öffentlich aussprechen. Ich heiße Sie alle im neuen Vorstand der Bundesbank herzlich willkommen und hoffe auf gute Zusammenarbeit.

#### IV

Der neue Vorstand hat am 1. Mai, am Tag der Arbeit diese bereits aufgenommen. Wichtige interne Fragen wurden geklärt und die Arbeitsfähigkeit des Gremiums und aller Dienststellen der Bundesbank hergestellt. Eine wichtige Aufgabe, die wir systematisch angegangen sind, berührt die innere Struktur der Bank.

Im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) haben sich die Aufgaben der Bundesbank gewandelt. Neue Abläufe und Verfahren mussten entwickelt werden, damit das Zusammenspiel von nationalen Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank ebenso reibungslos funktioniert wie es früher zwischen der Dienststelle des Direktoriums der Bundesbank und den neun Landeszentralbanken geklappt hat. Jetzt, nach der Strukturreform, können die Abläufe in der ganzen Bundesbank – also auch in den Hauptverwaltungen – auf die neuen, oft europäischen Anforderungen ausgerichtet werden.

Dabei denken wir bewusst über die einfache Umsetzung der neuen Leitungsstruktur hinaus. Die innere Reform der Bundesbank wird gleichzeitig eine Antwort auf die sich abzeichnenden Veränderungen im Umfeld sein. Strategie und Struktur müssen heute schon auf das voraussichtliche wirtschaftliche, politische und institutionelle Umfeld in einem Jahrzehnt abgestimmt werden.

Lassen Sie mich die wichtigsten Entwicklungen kurz in Erinnerung rufen. Die EU-Erweiterung führt mittelfristig zu 20 bis 25 Mitgliedstaaten, die über kurz oder lang auch Mitglied im Eurosystem sein werden. Dies erhöht die Anforderungen an die europäische Geldpolitik mit entsprechenden Folgen für Kommunikations- und Kooperationsstrukturen.

Auf technischem Gebiet tangieren uns insbesondere Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie. Dadurch werden räumliche Distanzen leichter überbrückbar. Der Wettbewerb der technischen Systeme, zum Beispiel im Zahlungsverkehr, und die Notwendigkeit eines systematischen Entwicklungs- und Innovationsprozesses nehmen zu. Der Anteil der privatisierungsfähigen Dienstleistungen dürfte steigen. Die Verwendung von Bargeld wird mittelfristig relativ zu elektronischen Zahlungsformen zurückgehen. Diese Entwicklung vollzieht sich nur langsam, weil Bargeld aufgrund des erreichten Sicherheits- und Qualitätsstandards hohes Vertrauen genießt.

Der Konsolidierungsprozess des Bankensektors in Deutschland und Europa beschleunigt sich. Als Konsequenz geht die Nachfrage nach Zentralbankleistungen in der Fläche drastisch zurück. Gleichzeitig werden die zu beaufsichtigenden Institute größer, und der Anteil der international tätigen und der systemrelevanten Institute nimmt zu.

Die Disintermediation verstärkt sich insbesondere im deutschen Finanzsystem weiter. Dadurch gewinnen die Finanzmärkte eine größere Bedeutung für die geldpolitische Analyse und Strategie. Die Finanzsystemstabilität zu sichern, erhält neben der Bankenaufsicht ein größeres Gewicht.

Die internationale Verflechtung wird das nächste Jahrzehnt noch stärker prägen und die Internationalen Organisationen und Foren verstärkt ins Blickfeld rücken. In der Konjunktur- und Finanzmarktanalyse treten internationale Zusammenhänge immer mehr hervor.

Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat diese Trends im Auge. Einzelne Konsequenzen lassen sich direkt ablesen und eins zu eins in unmittelbare Anforderungen an die künftige Struktur der Bank übersetzen. In anderen Fällen ist die konkrete Weiterentwicklung noch offen. Wir müssen deshalb für verschiedene Szenarien und weitere Anpassungen gerüstet sein.



V

In der Neu-Ausrichtung der Bundesbank müssen wir diese konsequent von ihren Aufgaben her denken. Die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages ist maßgeblich für das Ansehen einer Institution. Um dieses zu festigen, müssen wir unsere Stärken konsequent weiterentwickeln.

Zu den Stärken zähle ich zuallererst die Spitzenstellung in der Geldwertstabilität über Jahrzehnte. Sie war gestützt durch die Unabhängigkeit der Bank und eine gesellschaftlich breit verankerte Stabilitätskultur als Ergebnis einer erfolgreichen und glaubwürdigen Politik. Weitere Stärken der Bundesbank liegen

- im unbaren Zahlungsverkehr, wo wir technisch und wirtschaftlich Maßstäbe setzen,
- in der Bankenaufsicht, die unauffällig, aber wirksam zur Stabilität unseres Finanzsystems beiträgt,
- in der Finanzmarktanalyse und schließlich
- in der Qualität der Geldbearbeitung.

Lassen Sie mich mit der Geldpolitik beginnen. Die Bundesbank hat nach Eintritt in die Währungsunion zwar die alleinige Zuständigkeit für die Geldpolitik verloren. Sie bleibt aber als integraler Bestandteil des Eurosystems und als nationale Zentralbank des größten Mitgliedslandes im Währungsgebiet eine geldpolitische Institution. Das reicht weit über die Teilnahme des Präsidenten an den EZB-Ratssitzungen hinaus.

In allen Ausschüssen und Arbeitsgruppen des Eurosystems sind Vertreter der Bundesbank an der Vorbereitung der politischen Entscheidungen sowie der Grundsatzfragen zur Umsetzung der Geldpolitik beteiligt. Ein besonderes Gewicht erhalten unsere Argumente darüber hinaus in allen Fragen der konkreten Umsetzung. Denn hier sind die spezifischen Erfahrungen aus dem mit Abstand größten Bankenmarkt in Euroland unerlässlich für das gesamte Eurosystem.

Die nationalen Zentralbanken sind es, die die Nachfrage der Öffentlichkeit nach Analyse und Erklärung der – jetzt europäischen – Geldpolitik befriedigen. Dies hat in der

Währungsunion eine stärkere Bedeutung erlangt. Denn der Druck auf andere Politikbereiche wächst, weil nationale Stellschrauben in der Geld- und Währungspolitik entfallen sind.

Parallel zur weiterhin nationalen Gestaltung der Fiskal- und Wirtschaftspolitik finden in den einzelnen Staaten primär nationale geld- und wirtschaftspolitische Diskussionen statt. Eine wirkliche europäische geld-, wirtschafts- und finanzpolitische Öffentlichkeit entwickelt sich – auch sprachbedingt – nur langsam.

Ein Beispiel ist die hierzulande wiederbelebte Kampagne über angebliche Preiswirkungen des Euro. In keinem anderen Land der Währungsunion wird diese Debatte mit einer derartigen Heftigkeit geführt. Dabei lag Deutschland im April mit einer Preissteigerungsrate von 1,6 Prozent am unteren Rand aller Euroländer. Inzwischen ist sie sogar auf 1,1 Prozent gesunken.

Die offiziell gemessene Inflation soll ein möglichst objektives Maß der durchschnittlichen Preissteigerung sein. Dieses bezieht sich auf einen Warenkorb, der 750 Waren und Dienstleistungen umfasst. Für jedes dieser Güter ermitteln die Mitarbeiter der Statistischen Landesämter eine Vielzahl von Preisen, um repräsentative Durchschnitte zu berechnen. Insgesamt gehen 350.000 Zeitreihen in den Verbraucherpreisindex ein. Die mit Ausgabenanteilen gewichtete Summe der durchschnittlichen Preissteigerungen aller Güter ergibt dann die durchschnittliche Preissteigerung.

Jeder Einzelne macht es sich etwas einfacher und ermittelt eine individuelle sogenannte gefühlte Inflation. Doch wie alle subjektiven Wahrnehmungen gibt diese die Welt der objektiven Fakten nur auszugsweise und manchmal verzerrt wieder.

Erstens merkt man in der Regel geringe Preisänderungen nicht, sondern nur größere Sprünge. Zweitens merkt man sich häufig Preissteigerungen eher als gleichbleibende oder leicht sinkende Preise. Drittens kennt man vorzugsweise die Preise der Güter des täglichen Bedarfs, die bar bezahlt werden (Lebensmittel, Gastronomie). Diese werden

viertens in der Wahrnehmung oftmals höher gewichtet, als es ihrem durchschnittlichen, tatsächlichen Ausgabenanteil entspräche.

Schließlich kennt man, fünftens, zwar die Anschaffungspreise von höherwertigen langlebigen Gütern, hat aber häufig keine Übersicht über zwischenzeitlich eingetretene Qualitätsveränderungen. Man weiß also noch, was der Fernseher gekostet hat, kann aber nicht sagen, ob das gemessen an der gleichen Qualität billiger war oder teurer.

Alle diese Verzerrungen laufen zur Zeit gegen den Euro und auf das unberechtigte Gefühl einer eurobedingten Preissteigerung hinaus. In der Summe – und ich betone: in der Summe – sind die Preissteigerungen dagegen moderat und der Geldwert weitgehend stabil. Im Einzelfall verteuerten sich viele Lebensmittel (witterungsbedingt) und Energie und Zigaretten aufgrund höherer indirekter Steuern. Auch hat es bei einigen Dienstleistungen kräftige Preissteigerungen gegeben. Billiger wurden dagegen etliche langlebige Gebrauchsgüter. Gleich blieben die Preise für viele Güter, die wir nicht bar bezahlen, zum Beispiel Wohnungsmieten. Letztere machen aber bereits 17 Prozent des Warenkorb in der Lebenshaltung und rund neun Prozent im Harmonisierten Verbraucherpreisindex aus.

Im Ergebnis sind die Verbraucher über einzelne Preissteigerungen verärgert, während die Statistik praktisch stabile Preise verkündet. Im Einzelfall und bei stark abweichenden individuellen Konsumgewohnheiten mag die spezifische Preissteigerung höher liegen. Doch die Konsumgewohnheiten bestimmt der Verbraucher selbst. Und der mündige Verbraucher braucht keine politische Führung. Wir setzen deshalb auf sachliche Kommunikation und Information. Das hat die Bundesbank getan, und das wird sie auch weiterhin tun.

In der Kommunikation der Geldpolitik hat die Bundesbank über Jahrzehnte Maßstäbe gesetzt und so erheblich daran mitgewirkt, dass wir heute von einer europäischen Stabilitätskultur sprechen können. Wir werden auch weiterhin im stabilitätspolitischen Interesse zu den wichtigen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen Stellung

nehmen. In einer Währungsunion müssen alle Politikbereiche stabilitätsorientiert handeln. Dies gilt insbesondere für die Finanz- und die Lohnpolitik.

Die breite Palette der volkswirtschaftlichen Analyse mit ihrer statistisch-empirischen Fundierung in der Bundesbank, ihre über Jahrzehnte aufgebaute Kompetenz werden mehr denn je gebraucht. Unsere Analysen sind von besonderem Wert. Sie sind einerseits marktnah, weil wir selber Teilnehmer am Marktgeschehen sind. Andererseits unterscheidet uns, dass wir ohne kommerzielle Interessen und unabhängig von der Politik analysieren können und müssen. Und, geldpolitische Stabilität gebietet einen mittel- bis langfristigen Horizont. Über den nächsten Quartals- oder Jahresabschluss und über die Legislaturperiode des Bundestags hinaus.

Wir werden unsere Analysekraft stärker noch als bisher internationalen Zusammenhängen und vermehrt der Finanzsystemstabilität zuwenden. Dabei geht es jedoch schon im Vorfeld von – mittlerweile meist europäischen – Gesetzesinitiativen darum, stabilitätspolitische und nationale Interessen einzubringen. Deshalb wird die Bundesbank aktuelle und strukturelle Entwicklungen auf den Finanzmärkten, ihren Instrumenten, Verfahren und Regelungen intensiv beobachten und analysieren. Hier bestehen enge Synergieeffekte zu den Bereichen Geldpolitik, Refinanzierung und Bankenaufsicht.

Im IWF, in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und andernorts übernimmt die Bundesbank einen Teil der internationalen Außenvertretung Deutschlands. Neben einzelnen Vorstandsmitgliedern wirken dort auch zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank an der Politikformulierung mit. Wir werden hier unsere Anstrengungen verstärken und langfristig internationale Erfahrungen unserer Mitarbeiter noch mehr als bisher entwickeln und fördern.

Wir haben seit Jahren auf die Verwissenschaftlichung politischer Debatten reagiert und die Teilnahme am öffentlichen wissenschaftlichen Diskurs gefordert und gefördert. Sichtbarer Ausdruck dessen sind die Stiftung „Geld und Währung“ und unser Forschungszentrum, in dem sich hochqualifizierte Mitarbeiter nicht nur

volkswirtschaftlichen Fragen widmen. Immer häufiger werden unsere Experten eingeladen, ihre Forschungsergebnisse auf internationalen Konferenzen vorzutragen.

Die Bundesbank verwaltet die eigenen und Teile der Währungsreserven der EZB. Die Ertragserzielung berücksichtigt Wechselkurs-, Bonitäts-, Zins- und Liquiditätsrisiken. Gleiches gilt auch für die Dienstleistungen gegenüber ausländischen Notenbanken. Daneben stehen wir auch künftig bereit, den Bund in der Sicherung seiner führenden Rolle am Kapitalmarkt nach Kräften zu unterstützen. Wir stellen unsere technische Infrastruktur für die Plazierung von Schuldtiteln und für die wertpapiermäßige Abwicklung zur Verfügung.

Als geldpolitische Instanz und wichtiger Marktteilnehmer auf den Kapitalmärkten haben wir ein Eigeninteresse und zudem ein Mandat, zur Stabilität des Finanzsystems beizutragen. Deshalb stehen wir als Diskussionspartner mit konstruktiven Beiträgen und als Marktteilnehmer mit effizienten Instrumenten zur Unterstützung der Strukturpolitik in Bezug auf den Finanzplatz Deutschland bereit.

Eine besondere Außenwirkung entfaltet die schon mehrfach gestreifte Bankenaufsicht. Die intensive öffentliche Debatte über das Reizwort „Basel II“ steht im starken Kontrast zur Diskretion, mit der wir die anfallenden Aufgaben betreiben. Die Marktnähe der Bundesbank, ihre einschlägige Expertise und ihre Mitverantwortung für die Systemstabilität spiegeln sich in der nun gesetzlich geklärten und gestärkten Rolle der Bundesbank für die Bankenaufsicht in Deutschland wider. Zudem überträgt der EG-Vertrag dem gesamten ESZB die Aufgabe, zu der Stabilität des Finanzsystems in Europa beizutragen.

In der Bargeldversorgung müssen wir unter Sicherung des hohen Qualitätsstandards des umlaufenden Bargeldes stärker als bisher auf die Konzentrationen im Kreditsektor und in der Branche der Werttransporteure reagieren. Wir beobachten genau die internationalen Trends zum Beispiel hin zu einer stärker industriellen Bargeldbearbeitung. Mittelfristig könnten sich weitere Optionen zur Verbesserung unseres Dienstleistungsangebotes und zur Kostensenkung ergeben.

Auch im Zahlungsverkehr herrscht zum Wohle der Kunden ein Wettbewerb, in dem die Bundesbank technisch und wirtschaftlich führend agiert. Unsere größte Aufmerksamkeit gilt dabei den Großbetragssystemen. Die Entwicklungen zu einem verbesserten europäischen Standard können auf unseren Erfahrungen aufbauen und sollten auch wie unser Produkt RTGS<sup>plus</sup> in enger Kooperation mit den Kreditinstituten erfolgen.

## VI

Abschließend möchte ich zu dem kommen, was für unsere Arbeit am Anfang stehen sollte: Das Selbstverständnis der Bundesbank und die Leitsätze für unsere Arbeit. Diese waren bisher implizit und wurden durch konkludentes Handeln gelebt. Ich möchte heute den Versuch machen, ein neues Selbstverständnis für die Neue Bundesbank und Leitsätze für ihre Arbeit zu formulieren.

Die Deutsche Bundesbank bleibt als integraler Bestandteil des ESZB eine nationale Institution mit sowohl nationalen als auch europäischen und internationalen Aufgaben. Sie tritt ein für die marktwirtschaftliche Ordnung, für die europäische Einigung und für eine freie Weltwirtschaft. Aus diesem Selbstverständnis erwächst auch die Funktion eines „wirtschafts- und ordnungspolitischen Gewissens“ in Deutschland.

Die Bundesbank und ihre Bediensteten verpflichten sich zu Spitzenleistungen in der Erfüllung ihrer Aufgaben. Unser Ziel ist die Bereitstellung eines qualitativ hochwertigen Dienstleistungsangebotes.

Als Arbeitgeber bekennt sich die Bundesbank zum Prinzip einer leistungsgerechten und leistungsfördernden Vergütung und zur Fürsorgepflicht für ihre Bediensteten.

Die Leitung der Bundesbank erfolgt kollegial durch den Vorstand. Unter dem Kollegialprinzip wird die gemeinsame Verantwortung der Mitglieder des Vorstands für alle Aufgaben verstanden; der Vorstand leitet die Geschäfte der Bank in laufendem Informationsaustausch und in enger Kooperation. Das Kollegialprinzip gibt das Vorbild und wirkt prägend auf die Zusammenarbeit in der Bank.

Glaubwürdigkeit und Integrität sind Richtschnur für das Handeln der Bundesbank und ihrer Bediensteten. Beides dient dazu, in der Bevölkerung und auf den Märkten Vertrauen für die Bank und die Währung aufzubauen und zu erhalten.

Die Bundesbank erfüllt ihre Aufgaben mit einem Höchstmaß an Transparenz. Sie erläutert ihre Entscheidungen, begründet ihre Einschätzungen und stellt ihr methodisches und fachliches Wissen der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Bundesbank beschränkt ihre Leistungen auf die nach dem Gesetz zu erfüllenden Aufgaben einschließlich der gesetzlich freigestellten Leistungen, für die kein günstigeres privates Angebot existiert. Die Bundesbank tritt nicht in Wettbewerb zu privaten Anbietern in der Bereitstellung nicht-hoheitlicher Leistungen, soweit die günstige Versorgung ihrer „Kunden“ gewährleistet ist.

Die Bundesbank ist neutraler Sachwalter der Interessen der deutschen und europäischen Volkswirtschaft. Sie arbeitet unabhängig von politischen Parteien oder Verantwortungsträgern. Sie verhält sich neutral gegenüber den Interessen von Regionen und Marktteilnehmern. Da, wo ihre Leistungen nachgefragt werden, bleibt sie in der Fläche präsent.

Die Bundesbank ist bestrebt, möglichst wenig Ressourcen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu verwenden. Sie stellt sich dem Ideen- und Leistungswettbewerb mit anderen Zentralbanken sowie – soweit vergleichbare Benchmarks möglich sind – auch mit privaten und öffentlichen Einrichtungen.

## VII

Meine Damen und Herren,

Sie sind heute gekommen zur feierlichen Einführung des ersten Vorstandes der Deutschen Bundesbank nach der Reform ihrer Leitungsstruktur. Wir wissen sehr wohl, dass hohe Erwartungen an den Vorstand und die ganze Bundesbank gerichtet sind. Darauf sind wir vorbereitet.

Weil der neue Vorstand sich aus erfahrenen Bundesbankern zusammensetzt, konnten wir uns schnell auf inhaltliche Schwerpunkte verständigen. Dies ist wichtig, weil auch die Entwicklungen auf den Märkten und in der internationalen Politik zeitnahe Anpassungen erfordern.

Ich habe Ihnen die wichtigsten Elemente unserer Strategie, unserer Struktur und unseres Selbstverständnisses dargelegt. Wir werden nun daran gehen, die funktionierende Bank nach und nach in der skizzierten Weise neu auszurichten.

Dabei stehen wir in der Kontinuität der Bundesbank, die aus der Bank deutscher Länder hervorging. Mit dem Namen „Deutsche Bundesbank“ verbinden wir fünfzig Jahre Deutsche Mark – eine unglaubliche Erfolgsgeschichte. Dafür schulden wir den ehemaligen Mitgliedern des Zentralbankrates und allen daran Beteiligten Dank und Anerkennung.

Heute hat die Bundesbank zum Teil andere Aufgaben, vor allem aber ein anderes Umfeld. Wir werden an dem Mythos der „alten“ Bundesbank gemessen, der zum großen Teil aus den stabilitätspolitischen Erfolgen resultierte. Wir sind jedoch nicht mehr allein für die Geldwertstabilität verantwortlich. Der Mythos ist also in gleicher Weise nicht mehr zu reproduzieren. Wir stehen aber auch in Zukunft für Stabilität. Insbesondere in der Geldpolitik, in der Bankenaufsicht und im Zahlungsverkehr.

Ich bin ganz sicher, dass wir durch die gewissenhafte Erfüllung unserer Aufgaben und die glaubwürdige Orientierung an den dargelegten Leitsätzen, auch weiterhin Vertrauen aufbauen und erhalten können.

\* \* \*

\*





**Deutsche Bundesbank**

**Edgar Meister**

Mitglied des Vorstandes  
der Deutschen Bundesbank

**Basel II und die Folgen für die Finanzierung des Mittelstandes**

Statement auf dem Eurobörsentag 2002

- Eigenkapital für den Mittelstand -

in Frankfurt am Main

am Mittwoch, 26. Juni 2002

Der Patient Deutschland kränkt. Und dies schon seit einiger Zeit. Die Diagnose, die zur Zeit in fast allen Zeitungen zu lesen ist, lautet meist: Herzprobleme.

Denn das Herz der deutschen Wirtschaft ist der Mittelstand.

Konkreter: es geht um die 3,2 Mio. kleinen und mittleren Unternehmen (1999), die in Deutschland für über die Hälfte der wirtschaftlichen Wertschöpfung und knapp die Hälfte der Investitionen verantwortlich sind. Fast 70% der Arbeitnehmer sind in mittelständischen Unternehmen beschäftigt. Vier Fünftel der Berufsanfänger erhalten dort ihre Ausbildung. Diese Zahlen zeigen eindrucksvoll, dass ein Genesen der deutschen Wirtschaft ohne den Mittelstand kaum gelingen kann. Woran krankt aber der Mittelstand? Eine populäre Antwort lautet: an Basel II – oder besser an den bereits heute spürbaren Auswirkungen von Basel II. Ich kann mich dieser Meinung nicht anschließen, da meiner Ansicht nach die Ursachen tiefer liegen.

Die Probleme akkumulieren sich.

Die Konjunktur weltweit hat im Winter wohl die Talsohle durchschritten. Auch Deutschland ist in eine leichte Erholungsphase eingetreten, die aber bislang insbesondere auf außenwirtschaftliche Impulse zurückzuführen ist. Der Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums in den USA und Europa hat in den letzten Monaten aber Strukturprobleme offengelegt, die in der allgemeinen „New Economy“-Euphorie zu wenig Beachtung gefunden haben. Auf den Finanzmärkten haben Globalisierung und Technologisierung den Wettbewerbsdruck deutlich erhöht. Auch in Deutschland haben die Banken – angeführt von den „global players“ – als Gegengewicht zu den chronisch geringen Margen im traditionellen Kreditgeschäft ihren Vorteil im Ausbau der provisiionsträchtigen Geschäftssparten gesucht (z.B. Investmentbanking). Das Risikomanagement der Kreditportfolien ist dagegen zu lange eher stiefmütterlich behandelt worden. Dieses Versäumnis haben die Banken aber inzwischen erkannt. Ich messe den Vorbereitungen auf Basel II in diesem

Zusammenhang eine hohe Bedeutung zu, den Anstoß gegeben zu haben, um die Risikomanagementmethoden im Kreditgeschäft einer Prüfung zu unterziehen. Die Schieflagen einiger deutscher Banken – die Namen sind hinlänglich bekannt – und die damit verbundenen Verluste für die kreditgebenden Banken haben das Ihrige dazu beigetragen.

Diese Entwicklungen scheinen zu einem Großteil den zur Zeit in den Statistiken beobachtbaren Rückgang des Kreditwachstums erklären zu können. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernend gehen die deutschen Banken verstärkt dazu über, die Ertrags-Risiko-Struktur ihrer Kreditportfolien zu überprüfen, um Konzentrationen oder unangemessene Risiken zu bereinigen. Dieser Prozess ist sowohl zur Gewährleistung der Systemstabilität, zur Sicherung der Solvenz einzelner Institute als auch aus Sicht der Kreditnehmer zu begrüßen. Denn:

Die Finanzierungsbedingungen richten sich stärker am ökonomischen Risiko aus.

Die Banken werden zukünftig ein größeres Augenmerk auf stimmige Geschäftskonzepte, funktionierende interne Steuerungs- und Kontrollmechanismen sowie eine gute Managerqualität in den Unternehmen legen und dies auch in ihren Kreditkonditionen entsprechend berücksichtigen, d.h. eine verbesserte Geschäftsstrategie und Marktposition wird sich künftig auszahlen.

### Neue Wege der Finanzierung

Nicht nur die Banken, auch die Unternehmen – die mittelständischen Betriebe bilden hier keine Ausnahme – müssen sich den Herausforderungen der Märkte stellen, um langfristig erfolgreich zu sein. Dies gilt nicht nur für die Beschaffungs- und Absatzmärkte der Unternehmen, sondern auch für den „Finanzierungsmarkt“. Für zwei Drittel der mittelständischen Unternehmen stellt die Fremdfinanzierung über Bankkredite nach wie vor die wesentliche Finanzierungsquelle dar. Diese Tatsache ist sicher Ausfluß des engen Hausbankenprinzips, das in der Vergangenheit auch

als Stabilitätsgarant des deutschen Kreditsektors unverzichtbar war.

Die beschriebene Veränderung der Finanzmärkte nötigt aber alle Finanzmarktteilnehmer, ihren Horizont zu erweitern und den Blick auf mögliche Alternativen zu richten, um negative Marktentwicklungen besser auffangen zu können. Eine erste Reaktion könnte es sein, die Kreditbeziehungen auf eine breitere Basis bei mehreren Hausbanken zu stellen. Auch alternative Finanzierungsformen – wie z.B. Leasing, Factoring oder die Emission von Unternehmensanleihen – sollten individuell geprüft werden.

#### Mittelstandsfinanzierung - Geschäftspotenzial für Banken

Da vielen kleinen und mittleren Unternehmen der direkte Gang an den Kapitalmarkt i.d.R. verwehrt sein dürfte, wird den Banken zur Finanzierung des Mittelstandes auch weiterhin eine bedeutende Rolle zukommen. Es ist sogar mit zusätzlichen Geschäftspotenzialen zu rechnen. Ob neben den am Markt etablierten Instituten, die sich dieser Aufgabe bereits widmen, – wie z.B. den Sparkassen und Genossen-

schaftsbanken sowie den staatlichen Förderbanken (z.B. KfW und DtA), die Gründung weiterer Banken zur Finanzierung des Mittelstandes nötig ist, ist eine politische Frage, die vor allem unter Banken kontrovers diskutiert wird.

Es gibt bereits heute am Markt speziell auf die Bedürfnisse mittelständischer Kreditnehmer zugeschnittene Finanzierungsmöglichkeiten. So sorgt die KfW z. B. mit dem „Promise“-Programm für eine Verbriefung von Mittelstandskrediten und hält damit die Kreditlinien der an diesem Programm teilnehmenden Banken für weitere Kreditvergaben frei. Mit der breiten Anwendung des internen Ratings durch Basel II wird auch bei vielen Volksbanken und Sparkassen eine verbesserte Strukturierung ihrer Kreditportfolien erreicht. Damit erschließt sich auch für diese Banken – in Kooperation mit den jeweiligen Spitzeninstituten der Bankengruppe – ein großes Potential für die Verbriefung von Mittelstandskrediten mit positiven Auswirkungen auf die Kreditlinien.

Mit dem Instrument der „Globaldarlehen“ der KfW sollen zukünftig die klassischen Förderkredite in Abhängigkeit von der internen Ratingeinschätzung der Banken in ihren Konditionen differenziert werden. Ich bin mir sicher, dass der Markt weitere Lösungen für die Aufrechterhaltung der Kreditversorgung der mittelständischen Unternehmen finden wird.

Grundsätzlich bestehende Strukturprobleme des Mittelstandes können und sollen jedoch m.E. nicht durch die Kreditwirtschaft oder spezielle Förderinstrumente allein gelöst werden, sondern bedürfen zu ihrer Beseitigung auch einer wirtschaftspolitischen Unterstützung.

#### Basel II wirkt als Katalysator.

Viele der an den Finanzmärkten beobachtbaren Trends erhalten mit der Überarbeitung der Eigenkapitalregelungen im Rahmen von Basel II einen weiteren Anstoß. Alle Kreditinstitutsgruppen haben – teilweise mit Unterstützung der jeweiligen Verbände – schon vor den Arbeiten an Basel II mit der Entwicklung von besseren Ratingverfahren begonnen.



Die bankenaufsichtliche Anerkennung dieser internen Risikomess- und Risikomanagementsysteme wirkt fördernd auf die Bereitschaft der Banken, dieses für die eigene Marktpositionierung wichtige Instrument auch wirklich zu implementieren. Denn Basel II bringt die bankenaufsichtlichen Regelungen näher an die Praxis der Banken und verringert so die Anreize zur Kapitalarbitrage. Basel II wird somit den bereits beobachtbaren Trend verstärken, das Kreditportfolio stärker anhand von Ertrags-Risiko-Aspekten zu differenzieren und die Kreditkonditionen entsprechend zu gestalten.

Bankenaufsichtliche Regelungen sollen dabei jedoch nicht direkt in die Geschäftspolitik der Banken eingreifen, d.h. es muss ausgeschlossen sein, dass Basel II die Kreditversorgung ganzer Kreditnehmergruppen – insbesondere mittelständischer Unternehmen – erschwert oder sogar ganz verhindert.

Aus diesem Grund hat die angemessene Behandlung des Mittelstandes unter Basel II für die deutsche Verhandlungsdelegation in Basel weiterhin höchste Priorität. Unser Ziel

war und ist es, eine angemessene Behandlung der mittelständischen Unternehmen durch Basel II zu erreichen und eine Kreditversorgung zu adäquaten Konditionen auch in der Zukunft zu gewährleisten.

### Angemessene Berücksichtigung des Mittelstandes durch Basel II.

Wir sind einem Konsens in Basel einen großen Schritt näher gekommen. Lassen Sie mich kurz auf zwei der wichtigsten Punkte des neuen Regelwerkes eingehen:

1. Sowohl im Standardansatz als auch bei Verwendung des internen Rating-Ansatzes wird es vermutlich deutlich reduzierte Risikogewichte – und damit auch Kapitalanforderungen – für das sogenannte Retailportfolio, d.h. für Kredite an Privatkunden und kleinere Unternehmen, geben. Bei der jetzt ins Auge gefaßte Festlegung einer Obergrenze von 1 Mio. € Kredithöhe würden mehr als 90% der steuerpflichtigen Unternehmen in Deutschland unter diese Regelung fallen und von ihr profitieren. Darüber hinaus wird die vorgesehene Einführung einer spe-

ziellen Größenkomponente in den internen Rating-Ansatz für mittelständische Unternehmen ebenfalls zu geringeren Kapitalanforderungen als sonst bei Unternehmenskrediten vorgesehen führen. Davon profitieren solche Unternehmen, die einerseits aufgrund ihrer Größe nicht mehr ins Retailportfolio fallen, deren Jahresumsatz andererseits eine bestimmte Größenordnung nicht übersteigt.

2. Bei der Festlegung von Laufzeitzuschlägen hat sich die deutsche Verhandlungsführung stets für Lösungen eingesetzt, die auch für die deutsche Volkswirtschaft - mit bekanntlich höherem Anteil längerfristiger Finanzierungen - passen. Voraussichtlich wird es weder für die dem Retail-Bereich zugeordneten Kredite an kleine Gewerbetreibende noch für Ausleihungen an mittelständische Unternehmen unter dem einfachen IRB-Ansatz Laufzeitzuschläge geben. Etwas kontroverser ist die Diskussion im fortgeschrittenen IRB-Ansatz. Hier wird nunmehr erwogen, Kredite bis zu einer bestimmten Unternehmens-

größe ebenfalls von der Berechnung expliziter Laufzeitzuschläge auszunehmen. Im Ergebnis würden damit alle Ausleihungen an kleine und mittlere Unternehmen von Laufzeitzuschlägen ausgenommen.


Meine Damen und Herren,

Basel II stellt sowohl die Kreditwirtschaft als auch die Unternehmen vor große Herausforderungen. Ich hoffe, dass ich in meinen Ausführungen deutlich machen konnte, dass von Basel II keine Nachteile für die Kreditversorgung der kleinen und mittleren Unternehmen zu angemessenen Kreditkonditionen ausgehen. Ursächlich für die Sorge des Mittelstandes, mit verschlechterten Finanzierungsbedingungen konfrontiert zu sein, dürfte insbesondere das konjunkturelle Umfeld, die verschlechterte Geschäftslage sowie eine sehr geringe Eigenkapitalausstattung sein, die sich durch die schlechten Rahmenbedingungen in einzelnen Branchen noch verschärft hat. Aus Sicht der Kreditwirtschaft hat sich die Bonität der kleinen und mittleren Unternehmen als Kre-

ditnehmer insgesamt verschlechtert. Wenn die von mir dargestellten Erleichterungen mit Inkrafttreten von Basel II zum Tragen kommen, wird es für viele Mittelstandskredite per Saldo sogar zu einer Entlastung bei der Eigenkapitalunterlegung führen.

Es entspricht auch nicht den tatsächlichen Gegebenheiten, bereits jetzt Basel II für gegenwärtige Finanzierungsprobleme von kleinen und mittleren Unternehmen verantwortlich zu machen; ebensowenig ist es meines Erachtens gerechtfertigt, der Kreditwirtschaft pauschal eine unzureichende Kreditbereitstellung für den Mittelstand vorzuwerfen. Dies hat andere Gründe, von denen ich einige dargelegt habe. Nach dem Erkenntnisstand der Bundesbank gehen die Kreditinstitute zwar selektiver bei der Kreditvergabe vor, aber es gibt keine Kreditverweigerung, insbesondere keinen „credit crunch“. Es bleibt eine wichtige Basisleistung der deutschen Kreditwirtschaft mit ihrem flächendeckenden Netz an Sparkassen, Genossenschaftsbanken und anderen Kreditbanken auch künftig die benötigten Kreditvo-

luma zur Abdeckung der Finanzierungsnotwendigkeiten  
des Mittelstandes zur Verfügung zu stellen.



Sendesperfrist:  
4. Juli 2002, 16.30 Uhr MEZ

**Deutsche Bundesbank**

**Prof. Dr. Hermann Remsperger**

Mitglied des Vorstands  
der Deutschen Bundesbank

**Inflationsdifferenzen als Problem in der EWU  
sowie im Aufholprozess der Beitrittsländer?**

Statement anlässlich der Tagung des  
Arbeitskreises Europäische Integration, Bonn, und des  
Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA)  
Hamburg, 4. Juli 2002

## 1. Empirischer Befund

Auf dem Weg zur EWU haben die heutigen Teilnehmerländer in den 90er Jahren erhebliche Fortschritte beim Abbau der Inflation gemacht. Das Inflationsgefälle zwischen den Ländern, die dem heutigen Eurogebiet angehören, ist von mehr als 10 Prozentpunkten in den achtziger Jahren auf 2 Prozentpunkte im Jahr vor dem Übergang zur Währungsunion zurückgegangen. Dieses Ergebnis ist zu Recht als Erfolg der Konvergenzbemühungen aller Teilnehmer gewürdigt worden.

Allerdings sind die Inflationsdifferenzen in der Folgezeit wieder gestiegen. Im vergangenen Jahr belief sich der maximale Abstand auf 3,3 Prozentpunkte; in der Spitze (Dezember 2001) lag er sogar bei 4,2 Prozentpunkten. Nun sollte man als Streuungsmaß für die Preisentwicklung innerhalb der EWU natürlich nicht nur diese einfache Spannweite, sondern zugleich auch die Standardabweichung heranziehen. Ihr Wert liegt seit Anfang des laufenden Jahres bei etwa 1,2 Prozentpunkten. Im Durchschnitt der Jahre 1999 und 2000 hatte sich die Standardabweichung zwischen 0,8 und 1 Prozentpunkt bewegt.

Allerdings überzeichnen diese Werte das Inflationsgefälle innerhalb des Euro-Raums insoweit, als sie die relative Bedeutung der beteiligten Länder für die Preisentwicklung im Eurogebiet insgesamt unberücksichtigt lassen. Gewichtet mit den entsprechenden Verbrauchsanteilen waren die Streuungen nämlich vor allem in jüngerer Zeit deutlich geringer. Trotz dieser Relativierungen wird



immer wieder nach den Ursachen der Inflationsdifferenzen und den geldpolitischen Implikationen, die damit verbunden sein könnten, gefragt.

Auf diese Ursachen und Implikationen soll gleich näher eingegangen werden. Zuvor möchte ich jedoch eine ganz allgemeine Aussage treffen: Eine Währungsunion impliziert keineswegs, dass alle Teilnehmerländer zu jedem beliebigen Zeitpunkt die gleichen Preissteigerungsraten aufweisen müssten. Das „Atmen“ der regionalen Preisstruktur eines Wirtschaftsraums ist ebenso selbstverständlich wie Veränderungen in den relativen Güterpreisen. Eine funktionierende Marktwirtschaft kann ohne derartige Verschiebungen in den Preisrelationen gar nicht auskommen.

Bewegungen in der regionalen Preisstruktur, die mit Inflationsdivergenzen in einem gemeinsamen Währungsraum einhergehen, stellen zumindest teilweise die Antwort des Marktes auf regionale Unterschiede im Entwicklungsstand und auf unterschiedliche Nachfragepräferenzen dar. Unterschiede zwischen den Inflationsraten in einem einheitlichen Währungsraum sind daher auch keineswegs eine neue Erfahrung: Es gab sie in Deutschland vor 1999, und es gibt sie in anderen großen Volkswirtschaften wie etwa den Vereinigten Staaten.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. C. Engel und J. H. Rogers: „How Wide is the Border?“, American Economic Review, Vol. 86, 1996, S. 1112 - 1125; EZB: „Inflationsunterschiede in einer Währungsunion“, Monatsbericht, Oktober 1999, S. 39 - 49.

Differenziert man die EWU-Länder nach der Höhe der Teuerungsraten in den beiden letzten Jahren, so können 3 Gruppen gebildet werden.

Die erste Gruppe mit einer Teuerungsrate um 2 % bilden Frankreich, Österreich und Deutschland. Die Preisentwicklung war in diesen drei Ländern über die Euro-Periode sehr ähnlich. Eine gewisse Ausnahme bildete allerdings die erste Jahreshälfte 2001, als Preisschocks auf den Energie- und Agrarmärkten zu einer größeren Divergenz führten.

In einer zweiten Gruppe von Ländern lagen die Teuerungsraten zwischen 2 ½ % und 3 ¼ %. Zu diesen Ländern zählen Italien, Belgien, Finnland, Luxemburg und Spanien. Insgesamt hat die Teuerung in diesen Ländern in 2001 langsam nachgelassen. In Spanien hat sich der Preisauftrieb in den ersten Monaten von 2002 allerdings wieder beschleunigt. Luxemburgs Teuerungsrate ist besonders volatil, weil gemäß des für den HVPI gültigen Inlandsprinzips Benzin in Luxemburg ein hohes Gewicht zukommt (Stichwort „Tanktourismus“).

In der dritten Gruppe lag die durchschnittliche Teuerungsrate bei fast 4 % und damit 2 Prozentpunkte über dem oberen Rand des Stabilitätskorridors der EZB. „Spitzenreiter“ mit einer durchschnittlichen Teuerung von mehr als 4 ½ % war Irland. Daneben gehören dieser Gruppe Portugal und die Niederlande sowie Griechenland an. Die Gruppe der Länder mit überdurchschnittlichen Teuerungsraten ist die am wenigsten

homogene der drei Gruppen. Zum einen ist die Streuung der Teuerungsraten in dieser Gruppe am größten, zum anderen wechseln die Länder häufig ihre Positionen. Die Niederlande beispielsweise hatten die Euro-Ära mit einer sehr niedrigen Teuerungsrate begonnen, danach stieg sie aber rasch an, bevor sie sich in 2002 wieder etwas ermäßigte.

## **2. Ursachen**

Zur Erklärung der Inflationsdivergenzen in der EWU möchte ich zunächst festhalten, dass sich solche Unterschiede selbst dann ergeben können, wenn die Preissteigerungsraten für sämtliche Güter und Dienstleistungen gleich wären. Die Warenkörbe sind nämlich nicht in allen Ländern gleich. Die jeweiligen Güter, die im HVPI zusammengefasst sind, werden von Land zu Land unterschiedlich gewichtet. Die Unterschiede in den Gewichtungen spiegeln die verschiedenen Verbrauchsgewohnheiten wider.

Verschiebungen zwischen den relativen Güterpreisen wirken sich auf den jeweiligen harmonisierten Verbraucherpreisindex in den einzelnen Ländern unterschiedlich aus. Hier spricht man auch von „Kompositionseffekten“, die gerade für temporäre und erratische Veränderungen in den Inflationsdifferenzen eine besondere Rolle spielen. So schlagen beispielsweise Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln und Mineralölprodukten in Ländern, in denen diese Güter ein relativ hohes Gewicht haben, stärker durch als in anderen.

Tatsächlich dürfte ein Teil des Anstiegs der Standardabweichung der Inflationsraten innerhalb der EWU auf solche Kompositionseffekte und die von Land zu Land unterschiedlichen Auswirkungen der Ölpreisentwicklung sowie die zum Teil erratischen Schwankungen der Nahrungsmittelpreise zurückgehen. Jedenfalls war die Streuung der Preissteigerungsraten ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel in den letzten Jahren etwas niedriger als ohne diese „Bereinigung“. Gewichtet mit der Größe des betreffenden Landes (gemessen an den EWU-Verbrauchsanteilen) sind die Standardabweichungen der Inflationsraten in dieser engeren Abgrenzung seit 1999 praktisch unverändert bei knapp 0,8 Prozentpunkten geblieben.

Die Erklärung eines Teils der Inflationsdivergenzen der EWU über Kompositionseffekte im Verbund mit erratischen Bewegungen von Öl- und Nahrungsmittelpreisen erscheint mir auch deswegen wichtig, weil die Entwicklung der durchschnittlichen Inflationsrate im Euro-Raum insgesamt maßgeblich durch eine Häufung von Schocks (Ölpreise, Tierkrankheiten, Wetterschwankungen) beeinflusst wurde.

Eng verwandt mit Einflüssen, die aus der länderspezifischen Zusammensetzung des Index-Warenkorbs rühren, sind die Auswirkungen der unterschiedlichen Besteuerung der einbezogenen Güter und anderer administrativer Eingriffe. Zumindest kurz- bis mittelfristig können Regierungen durch Steueränderungen, aber auch durch Deregulierungs- und Regulierungsmaßnahmen die Verbraucherpreisentwicklung und ihre Streuung innerhalb eines Währungsraums beeinflussen.

So wurde die bisherige Streuung der Inflationsraten in der EWU nicht zuletzt durch sektorspezifische Regulierungen bzw. Deregulierungen und Steuern in den Bereichen Energie, Transportdienstleistungen, Telekommunikation und Post tangiert.

Beispielsweise spielte und spielt für die Preisentwicklung bei Benzin neben der für alle Länder gleichen Rohölpreisentwicklung die Besteuerung von Kraftstoffen (Mengen- oder Wertsteuern oder Kombinationen von Mengen- und Wertsteuern) sowie die Art der Reaktion des Gesetzgebers auf steigende Rohölpreise eine große Rolle. Während in Deutschland und den Niederlanden trotz steigender Rohölpreise die Benzinsteuern kräftig angehoben wurden, gab es in anderen Ländern Steuersatzreduktionen (beispielsweise in Portugal). So sind die Kraftstoffpreise in Deutschland wesentlich stärker gestiegen als im EWU-Durchschnitt.

Natürlich wurde und wird die Streuung der Teuerungsraten auch vom Umfang und dem Timing der Deregulierung im Telekommunikationssektor beeinflusst. In Finnland beispielsweise hat die Deregulierung des Telekommunikationswesens schon sehr früh stattgefunden. In den Jahren 2000 und 2001 sind die Preise dann dort aber relativ zum EWU-Durchschnitt kräftig gestiegen. Andere Länder haben die Deregulierung im Telekommunikationssektor länger hinausgezögert, wie beispielsweise Frankreich, wo die Preise in den beiden letzten Jahren besonders stark gefallen sind.

Breit angelegte Änderungen von Verbrauchsteuern gab es in dem betrachteten Zeitraum in Frankreich, Irland und in den Niederlanden. In Frankreich und Irland wurden die Steuersätze gesenkt, in den Niederlanden hingegen angehoben.

Eine viel größere Rolle als die Aspekte, die ich bisher zur Erklärung von Inflationsdivergenzen in der EWU erwähnt habe, spielt in der allgemeinen Diskussion der „Wachstumsfaktor“. Beim Wachstumsfaktor geht es zum einen um die zyklische Position der betreffenden Länder und zum anderen um ihre Stellung im langfristigen Wachstumsprozess.

Inflationsdivergenzen, die auf eine unterschiedliche Position im Konjunkturzyklus zurückgehen, sind eher als transitorisch einzustufen. Das Wachstumsgefälle in der EWU dürfte zum Teil aber auch den länger währenden wirtschaftlichen Aufholprozess jener Volkswirtschaften widerspiegeln, deren Wohlstandsniveaus noch deutlich unter dem EWU-Durchschnitt liegen. Länder, die sich im Aufholprozess befinden, zeichnen sich typischerweise durch einen kräftigen Produktivitätsfortschritt im Sektor handelbarer Güter aus. In der Regel schlägt er sich auch in entsprechenden Lohnsteigerungen nieder. Übertragen sich die Lohnerhöhungen auf den Sektor nicht-handelbarer Güter, ohne dass dort ein entsprechender Produktivitätsfortschritt zu verzeichnen ist, so führt dies dazu, dass das allgemeine Preisniveau in dem betreffenden Land schneller steigt als in den fortgeschrittenen Ländern. Vereinfacht ausgedrückt führt der Aufholprozess zu einer Annäherung im Lebensstandard. Diese reale Konvergenz ist dann

aber über den so genannten Balassa-Samuelson-Effekt<sup>2</sup> mit einer Divergenz in den Preissteigerungsraten verknüpft.

Empirische Untersuchungen<sup>3</sup> deuten in der Tat darauf hin, dass solche strukturellen Inflationsdivergenzen bei den relativ starken Preissteigerungen in den weniger hoch entwickelten Teilnehmerländern der EWU in der Vergangenheit eine gewisse Rolle gespielt haben. Noch wichtiger aber dürften sie für die relative Preisentwicklung der Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa sein. Dies lassen auch unsere eigenen Untersuchungen zu dieser Frage erkennen.<sup>4</sup>

In einheitlicher Währung gemessen bewegte sich die Inflationsrate der Kandidatenländer nach Schätzungen der Bundesbank im Durchschnitt der letzten Jahre um etwa 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EWU-Länder; etwa die Hälfte davon ließ sich den Produktivitätsunterschieden gegenüber dem Euro-Raum zuschreiben, die allerdings nur zum Teil mit Wirkungszusammenhängen vom Balassa-Samuelson-Typ erklärt werden können, sondern auch von Veränderungen auf der Nachfrageseite bestimmt werden. Der Rest ist auf andere Einflüsse

---

<sup>2</sup> B. Balassa: „The purchasing power parity doctrine: a reappraisal“, Journal of Political Economy, Vol. 72, 1964, S. 584-594, sowie P. A. Samuelson: „Theoretical notes on trade problems“, Review of Economics and Statistics, Vol. 46, 1964, S. 145-154.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. E. Alberola und T. Tyrväinen: „Is there scope for inflation differentials in EMU?“ Bank of Finland, Discussion Paper 15/98, 1998.  
M. Canzoneri et al.: „Trends in European productivity and real exchange rates: implications for inflation targets after EMU“, CEPR Discussion Papers No. 1417, 1996. H. W. Sinn und M. Reutter: „The minimum inflation rate for Euroland“, NBER Working Paper 8085, January 2001.

<sup>4</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank: „Währungspolitische Aspekte der EU-Erweiterung“. Monatsbericht Oktober 2001, S. 25.

zurückzuführen, unter denen Nachfrageeffekte ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.<sup>5</sup>

### **3. Geldpolitische Implikationen**

Fragt man nun nach den geldpolitischen Implikationen von Inflationsdifferenzen in einer Währungsunion, so ist zunächst daran zu erinnern, dass die monetäre Politik der EZB auf die Preisstabilität im Euro-Raum insgesamt ausgerichtet sein muss. Sie kann nicht länderspezifische Probleme adressieren. Hinzu kommt, dass ein großer Teil der Ursachen für Inflationsdifferenzen in einer Währungsunion für sich genommen auch keinen Grund für geldpolitische Besorgnisse darstellen. Als Beispiele dafür hatte ich im zweiten Teil meiner Ausführungen den Kompositionseffekt im Warenkorb, aber auch eine Reihe von Sonderfaktoren genannt, die temporär das Niveau und zugleich die Streuung der Inflationsrate in der EWU mit beeinflusst haben.

Problematisch werden Inflationsdifferenzen allerdings dann, wenn eine relativ hohe Inflationsrate in einem bestimmten Land beispielsweise durch eine expansive Fiskal- oder durch eine aggressive Lohnpolitik verursacht wird. Gerade in einem solchen Fall ist aber nicht die vergemeinschaftete Geldpolitik, sondern die nationale Wirtschaftspolitik gefordert.

---

<sup>5</sup> C. Fischer: „Real currency appreciation in EU accession countries: Balassa-Samuelson and investment demand.“ Bundesbank Discussion Paper 19/02, erscheint demnächst.



Nach Auffassung einiger Experten, deren „Urteil“ ich jedoch problematisieren möchte, ist die Geldpolitik aber zumindest dann gefordert, wenn die Inflationsdifferenzen dauerhaft und in ihrem Ausmaß so gravierend sind, dass sie die Durchsetzung einer auf Preisstabilität ausgerichteten geldpolitischen Linie gefährden würde oder für größere Teile des Währungsgebiets einen unvertretbaren permanenten Restriktionsdruck zur Folge hätten, der einer normalen Auslastung des Produktionspotentials dieser Länder im Wege stünde.

So ist aus solchen Überlegungen heraus bereits vor einiger Zeit eine Anhebung der Obergrenze für die Definition der Preisstabilität der EZB auf  $2\frac{1}{2}\%$  gefordert worden<sup>6</sup>. Bei einer Orientierung an der bisherigen Stabilitätsdefinition der EZB, so heißt es, bliebe unter Berücksichtigung der Preisdivergenzen insbesondere gegenüber den schneller wachsenden Randregionen nach dieser Auffassung nur ein statistischer Preisanstieg von 1 % für Deutschland übrig. Angesichts eines möglichen Messfehlers in der Inflationsrate von  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkten beschwöre damit das - wie Kritiker meinen – allzu ehrgeizige Stabilitätsziel der EZB Deflationsgefahren insbesondere für Deutschland herauf.

Über die genannten Zahlen kann man geteilter Meinung sein. Seit dem Übergang zur Währungsunion ist der Stabilitätsvorsprung Deutschlands gegenüber den anderen EWU-Ländern (gemessen am HVPI) nicht über  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt hinausgegangen. Darüber

---

<sup>6</sup> Vgl. z. B. H.-W. Sinn und M. Reutter: „The Minimum Inflation Rate for Euroland“, NBER Working Paper 8085, Januar 2001.

hinaus ist der angenommene mögliche Messfehler mit  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkten unseres Erachtens zu hoch angesetzt. Die Bundesbank ist zwar selbst einmal zu diesem Ergebnis gekommen. Ihre Berechnungen bezogen sich jedoch auf den (nationalen) Preisindex für die Lebenshaltung. Für den hier zugrunde zu legenden HVPI würden wir den Messfehler mit nicht mehr als  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt aber niedriger veranschlagen.

Das Konfliktpotential innerhalb der EWU stellt sich also bei näherem Hinsehen weniger groß dar, als man zunächst vielleicht vermuten mag. Damit ist allerdings das inhaltliche Problem als solches nicht grundsätzlich ausgeräumt. Meine Kritik an der Forderung nach einer „Erhöhung“ des Stabilitätsziels der EZB richtet sich auch weniger gegen die vorgelegten Zahlen als vielmehr gegen die geldpolitischen Schlüsse, die verschiedentlich aus der Existenz von Inflationsdivergenzen gezogen werden.

Mir scheint es schon im Ansatz problematisch, der EZB die Alimentierung einer höheren Inflationsrate zu empfehlen. Der Balassa-Samuelson-Effekt ist nämlich kein hinreichendes Argument dafür, eine möglicherweise zu konstatierende unzureichende Konvergenz in der EWU monetär „auszugleichen“. Er ist kein unverrückbares Naturgesetz. Eine hinreichend differenzierende Lohnpolitik könnte den oft zitierten Effekt schon erheblich mindern. Strukturelle Reformen, die die Flexibilität von Preisen und Löhnen verbessern und den Marktmechanismus stärken, sind aus meiner Sicht die angemessenere wirtschaftspolitische Reaktion auf anhaltende Inflationsdifferenzen in der Währungsunion.

Das führt mich nun zu dem letzten Punkt meiner Überlegungen: den geldpolitischen Konsequenzen, die sich aus dem strukturellen Inflationsgefälle zu den im Aufholprozess befindlichen Beitrittsländern ergeben. In diesem Zusammenhang ist verschiedentlich gefordert worden, die stabilitätspolitischen Hürden des Maastricht-Vertrags etwas tiefer zu legen, also die Konvergenzkriterien, und zwar insbesondere das Preiskriterium aufzuweichen. Diese Forderung ist abzulehnen.

Ein Beitritt zur EWU setzt die Erfüllung der Konvergenzkriterien voraus. Das bedeutet insbesondere, dass der Abstand der Preissteigerungsraten der betreffenden Länder zu den drei preisstabilsten Ländern der EU allenfalls 1 ½ Prozentpunkte betragen darf. Dabei genügt es aber nicht, dass diese Voraussetzung nur zum Zeitpunkt der Konvergenzprüfung erfüllt wird. Vielmehr muss gewährleistet sein, dass der hohe Grad der Preisstabilität auch auf Dauer gesichert ist. Es kommt also darauf an, den Preisanstieg der Länder, die sich im Aufholprozess befinden, nachhaltig unter Kontrolle zu halten. Dabei ist es durchaus möglich, dass die Konvergenzreife der einzelnen Länder zu unterschiedlichen Zeiten eintritt.

Ebenso problematisch wie die Aufweichung der Eintrittskriterien für die EWU wäre meines Erachtens der Rat, die Definition der Preisstabilität spätestens nach einer Erweiterung der Währungsunion nach oben anzupassen. Damit würde man weder den Interessen der Beitrittsländer noch den Zielen der

Währungsunion gerecht. Vielmehr würde die stabilitätspolitische Ausrichtung der gemeinsamen Geldpolitik geschwächt.

Quantitativ schlugen die durch den Aufholprozess bedingten stärkeren Preissteigerungen in den Beitrittsländern zwar nur marginal auf die Inflationsrate des erweiterten Euro-Raums durch. Unter Berücksichtigung des relativ geringen Gewichtes dieser Länder, deren BIP nur rund 5 % des Euro-BIP ausmacht, würden sich die Auswirkungen auf die durchschnittliche Inflationsrate im gesamten Euro-Raum, selbst bei einem unterstellten Inflationsgefälle von 5 Prozentpunkten zwischen der Gruppe der Beitrittsländer und der EWU in ihrer derzeitigen Zusammensetzung, in einer Größenordnung von nur etwa  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt bewegen. Allerdings sind derartige Vergleiche und Relativierungen mit Vorsicht zu betrachten, da für die geldpolitische Willensbildung nicht ohne Weiteres diese Größenverhältnisse maßgeblich sind.

Während das grundsätzliche Interesse der derzeitigen Euro-Teilnehmer an einer ausreichenden und dauerhaften Konvergenz unmittelbar plausibel ist, muss man vielleicht mehr als bisher verdeutlichen, dass eine Aufweichung der Zugangsvoraussetzungen und des EZB-Stabilitätsziels auch nicht im Interesse der Beitrittskandidaten liegt. Grundsätzlich lassen sich die Auswirkungen der geschilderten strukturellen Preisverschiebungen während des Aufholprozesses zwar durch eine entsprechend konsequente Ausrichtung der Geldpolitik unter Kontrolle halten. Nach dem hypothetischen Beitritt zum Eurosystem hätte es das betreffende Land aber nicht mehr in der Hand, den Kurs der

Geldpolitik auf seine eigenen Bedürfnisse einzustellen. Erfolgte der Beitritt zur EWU zu früh, könnte sich die Geldpolitik für die betreffenden Länder als zu großzügig erweisen. Auf längere Sicht wäre ein fortschreitender Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der noch im Aufholprozess befindlichen Volkswirtschaften die Folge. Er könnte auch ex post nicht durch eine entsprechende Abwertung korrigiert werden, weil auch dieses Instrument nach dem Übergang zur Währungsunion nicht mehr zur Verfügung stünde.

Im Ergebnis würde der Aufholprozess durch einen vorzeitigen Beitritt zur Währungsunion also geschwächt und nicht gestärkt. Das passt zu der Erfahrung, dass gerade jene Transformationsländer die größten Fortschritte verzeichneten, die auch die monetäre Stabilisierung besonders ehrgeizig vorantrieben.<sup>7</sup>


Die realen Divergenzen zwischen den Beitrittsländern auf der einen Seite und den Kernländern des Eurogebiets auf der anderen, die sich in den strukturellen Inflationsdifferenzen niederschlagen, gilt es auf stabilitätskonforme Weise abzubauen. Insbesondere eine Lohnfindung, die der unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Bereichen und Sektoren während des Aufholprozesses Rechnung trägt, wirkt einem Preisauftrieb im Sektor der nicht international gehandelten Güter entgegen. Maßnahmen zur Stärkung der Flexibilität der Preise und der Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus sind weitere wichtige Ergänzungen.

Reale und nominale Konvergenz sollten also Hand in Hand gehen, um ein möglichst spannungsfreies Funktionieren der einheitlichen Geldpolitik in einem erweiterten Euro-Währungsgebiet zu gewährleisten. Das zu betonen, heißt nicht neue Beitrittschürden aufzustellen, sondern Rückschlägen und Enttäuschungen insbesondere auf der Seite der Kandidatenländer vorzubeugen und die Spannungspotentiale, die sich aus größeren strukturellen Inflationsdivergenzen in der erweiterten Währungsunion ergeben könnten, im Interesse aller Beteiligten zu vermindern.

\* \* \*

---

<sup>7</sup> Vgl. Harrylshyn et al: „Growth Experience in Transition Countries, 1990 - 1998“, IMF Occassional Paper No. 184, Washington D. C., oder IMF, A Decade of Transition Achievements and Challenges, Washington D. C. 2001.



Sendesperfrist:  
10. Juli 2002, 12:30 Uhr MEZ

**Deutsche Bundesbank**

Edgar Meister

Vorsitzender des „Banking Supervision Committee“ und  
Mitglied des Vorstandes  
der Deutschen Bundesbank

**European Parliament hearing**  
**"After Enron: financial supervision in Europe"**

**Statement**

Brüssel

am Mittwoch, 10. Juli 2002

Meine Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, dass ich die Gelegenheit habe, zur Frage der Angemessenheit der Finanzaufsicht in Europa Stellung zu nehmen. Das Thema ist hochaktuell. Ereignisse wie der 11. September, die Wirtschaftskrise in Südamerika, die Probleme im japanischen Bankensektor oder die Insolvenz einiger großer Unternehmen können schnell die Stabilität des internationalen Finanzsystems gefährden. Problemfälle wie LTCM, Enron und jüngst WorldCom oder Xerox haben zuletzt das Vertrauen in wesentliche Bausteine der Finanzinfrastruktur, nämlich die Rechnungslegung, die Arbeit der Wirtschaftsprüfer und in die Integrität der Märkte erschüttert. Es ist ein Verdienst des Wirtschafts- und Geldpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, diese wichtigen Fragen in Form eines Hearings zu erörtern.

Keiner wird bestreiten, dass ein effizientes und modernes Aufsichtssystem ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung des Finanzsystems ist. Trotz aller Fortschritte in den letzten



Jahren hin zu größerer internationaler Kooperation und Koordination müssen Politik, Aufseher und Zentralbanken die Rahmenbedingungen für die Sicherung der Stabilität im Finanzbereich ständig überprüfen. Positiv zu werten ist, dass sich die Finanzmärkte insgesamt bislang den verschiedenen Krisen gegenüber als bemerkenswert resistent erwiesen haben.

Die Einführung des Euro, die zunehmende Integration der europäischen Finanzmärkte und die Konsolidierung im europäischen Bankensektor haben zu tiefgreifenden Veränderungen geführt, mit gestiegenen Risiken, auch für das europäische Finanzsystem. Wenn wir heute über eine effektive Finanzaufsicht in Europa sprechen, sollten wir in erster Linie die Aufsicht über Banken im Auge haben, denn Finanzstabilität ist – noch immer, oder hauptsächlich – eine Frage der Stabilität der Kreditinstitute und der Märkte, auf denen sie tätig sind. Vor diesem Hintergrund ist die Frage nach einer Beaufsichtigung von Nichtbanken m. E. derzeit nicht relevant.

In Europa hat sich ein Kooperationsmodell einer (dezentralen) Aufsicht herausgebildet, das den Mitgliedstaaten bisher jedenfalls die Freiheit lässt, die ihren Verhältnissen angemessene Aufsichtsstrukturen zu wählen. Dieses Modell fußt auf den beiden Säulen: nationale Kompetenz und Kooperation. Es nutzt die Nähe und spezifischen Kenntnisse der verantwortlichen nationalen Instanzen in der Bankenaufsicht und verbindet dies mit verschiedenen Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dieses dezentrale System arbeitet effizient und effektiv und hat sich nach einhelliger Meinung bewährt. Insofern gibt es meines Erachtens auch keinen Grund, jetzt oder auch in naher Zukunft nach einer europäischen Bankenaufsicht oder einer europäischen Allfinanzaufsichtsbehörde zu rufen. Auch Sir Howard Davies, Chef der UK FSA, hat dies öffentlich immer wieder betont.

Allerdings ist die Frage berechtigt, ob sich aufgrund der rasanten Entwicklungen an den Finanzmärkten im Bereich der

Regulierung und der Banken- und Finanzaufsicht Unzulänglichkeiten oder Lücken zeigen, die umgehend geschlossen werden müssen. Derzeit wird im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht der G 10 Notenbankgouverneure mit dem Projekt „Basel II“ der alte „capital accord“ den aktuellen Notwendigkeiten angepasst. Durch eine stärker als bisher an der Risikostruktur der Kreditinstitute orientierten Eigenkapitalunterlegung, fortschrittlichere Risikomess- und -steuerungsmethoden wird durch Basel II ein großer Schritt zu mehr Finanzstabilität getan.

Zentralbanken wirken am Konzept von Basel II entscheidend mit. Meines Erachtens ist es deswegen selbstverständlich, dass die Zentralbanken auch bei der Übernahme des neuen Regelwerkes in europäisches Recht beteiligt bleiben. Allen Ansätzen und Überlegungen der Politik, bei der Umsetzung von Basel II oder bei der künftigen Implementierung anderer wichtiger Regelwerke die Zentralbanken außen vor zu lassen und auf ihren Rat zu verzichten, sollte entschieden entgegengetreten werden.

Eine Ausgrenzung der Notenbanken wäre kein „Gütesiegel“ für die zusammenwachsenden Finanz- und Kapitalmärkte in Europa und kein Gewinn für die Finanzstabilität. Hierdurch würde die Finanzaufsicht in Europa geschwächt und damit auch das Standing des europäischen Finanzplatzes im internationalen Wettbewerb.

Gerade angesichts der grenzüberschreitenden Aktivitäten und Verflechtungen der Banken in Europa, der gestiegenen Ansteckungsrisiken und einem allgemein erhöhten Systemrisiko ist die Mitwirkung der nationalen Zentralbanken in allen Bereichen der Bankenaufsicht unverzichtbar. Dem hat der Gesetzgeber in Artikel 105 (5) des Vertrages von Maastricht Rechnung getragen durch die klare Regelung, dass das ESZB zur reibungslosen Durchführung der von den zuständigen Behörden auf dem Gebiet der Aufsicht über die Kreditinstitute und der Stabilität des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen beiträgt.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht nicht darum, der Europäischen Zentralbank neue Kompetenzen in der Bankenaufsicht zuzuweisen, wenn wir über Veränderungen bewährter Strukturen der europäischen Bankenaufsicht sprechen. Erlauben Sie mir an dieser Stelle kurz zu skizzieren, auf welche Weise das ESZB die ihm im Maastricht-Vertrag übertragenen Aufgaben erfüllt.

Das ESZB wird bei der Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben vom „Banking Supervision Committee (BSC)“ unterstützt. In diesem Ausschuss sind hochrangige Vertreter aller 15 EU Zentralbanken und Bankenaufsichtsbehörden vertreten. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt auf makroprudenziellen Analysen. Beispiele hierfür sind: regelmäßige Analysen der Stabilität und struktureller Entwicklungen im Bankensektor, Analysen der Länderrisiken und Ansteckungsgefahren, aber auch z. B. der „Fall Enron“. Das BSC befasst sich also mit jenen zentralen Fragen, die dem heutigen Hearing zugrunde gelegt wurden.

Die aufsichtliche Kooperation im BSC hat aber auch schon in kritischer Situation bewährt. Bereits einen Tag nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA erfolgte im BSC ein Informationsaustausch zur Lage im europäischen Bankensektor und insbesondere zur Liquiditätsversorgung. Derzeit erarbeitet das BSC ein Memorandum of Understanding, das eine weiter verbesserte Kooperation in Krisenfällen sicherstellen soll. Das BSC berät die EZB auch bei Stellungnahmen zu Vorschlägen für Rechtsakte der Gemeinschaft. Darüber hinaus handelt der Ausschuss als ein hochrangiges Forum zum Austausch von Erfahrungen und Informationen zwischen den EU Bankenaufsehern und Zentralbankern.

Das BSC ist somit eine wichtige Säule der multilateralen Kooperation in der europäischen Aufsicht. Zudem erfüllt das BSC bereits jetzt im wesentlichen solche Aufgaben, die nach den Vorstellungen der Politik einem neu zu gründenden europäischen Stabilitätsforum übertragen werden sollen. Mit Blick auf die globalisierte Finanzwelt wurde bereits

auf G 7 Ebene das „Financial Stability Forum“ ins Leben gerufen, das unter dem Vorsitz von Andrew Crockett hervorragende Arbeit leistet. Die Politik ist bislang den Nachweis für den Nutzen eines neuen Stabilitätsforums schuldig geblieben.

Vor gerade einmal zwei Jahren wurde vom ECOFIN ein Auftrag über die Funktionsfähigkeit des Bankenaufsichtssystems in Europa erteilt. In dem sogenannten „Brouwer-Bericht“ wurde hierzu festgestellt, dass die vorhandenen Aufsichtsstrukturen in Europa grundsätzlich angemessen sind, mithin also keinen neuen Institutionen notwendig sind. Allerdings stellte der Bericht auch fest, dass die Zusammenarbeit der bestehenden Gremien weiter verbessert werden müsse, insbesondere im Hinblick auf einen intensiveren Informationsaustausch unter den Beteiligten.

Es stellt sich deshalb die Frage, warum jetzt und warum in extremer Eile – der ECOFIN-Rat sollte ursprünglich übermorgen entscheiden (nunmehr ist der September als Ter-

min vorgesehen)- und damit zwangsläufig ohne eine sorgfältige Analyse neue institutionelle Arrangements durchgesetzt werden sollen, wie von den Finanzministern Brown und Eichel vorgeschlagen. Bei einer solch weitreichenden Reform des Regulierungs- und Aufsichtssystems in Europa sollte m. E. die erfolgreiche Arbeit bestehender Gremien nicht außer Acht gelassen werden, schon allein um künftig Doppelarbeiten zu vermeiden. Es kann nicht allein darum gehen, neue Ausschüsse zu schaffen, sondern prioritär darum, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit weiter auszubauen!

Hierzu zählt insbesondere die effiziente Nutzung von Informationen, die zur Überwachung der Systemstabilität notwendig sind. Konkret bedeutet dies: die Europäische Zentralbank sollte nicht von Informationen ausgeschlossen sein, die für die Geldpolitik und die Überwachung der Stabilität des europäischen Finanzsystems relevant sind. Dies kann durchaus in aggregierter oder anonymisierter Form



erfolgen, wogegen keine rechtliche Bedenken bestehen können.

Ein Vergleich mit den USA sei erlaubt: die prominente Rolle der FED in der Bankenaufsicht ist eine feste Größe, die Vertrauen schafft. Alan Greenspan hat unlängst herausgestellt, dass Aufsichtsregeln auf die Finanzmärkte und die Verfassung der Finanzintermediäre makro-ökonomischen, zyklischen Einfluss nehmen können. Für ihn ein wichtiger Grund, die Notenbanken generell in der Bankenaufsicht tätig bleiben zu lassen.

Das BSC wäre aufgrund seiner Zusammensetzung gut geeignet als Transformator solcher Informationen für die Europäische Zentralbank aufzutreten und somit eine wichtige Funktion in Sachen Stabilität des europäischen Finanzsystems zu leisten.

Ein wesentlicher Aspekt in der aktuellen Debatte, ausgehend von den Vorschlägen von Brown und Eichel, ist die

Reform der Regulierung der Finanzsektoren. Grundsätzlich sei angemerkt: Eine Weiterentwicklung des Regulierungsprozesses ist wünschenswert und der „Lamfalussy-Ansatz“ ist ein politisch gangbarer Weg in diese Richtung. Ob tatsächlich eine Beschleunigung erreicht werden kann, lässt sich schwer beurteilen. Eine Bewertung der Wirkung auf die Wertpapierregulierung steht noch aus. Inhaltlich müssen auf jeden Fall die Besonderheiten im Bankensektor beachtet werden, was eine 1:1 Kopie des „Lamfalussy-Modells“ ausschließt. Insbesondere ist zu beachten,

- a) dass die nationalen Zentralbanken hierbei beratend mitwirken und zwar bereits auf der zweiten Stufe (Bsp. Basel II);
- b) dass das Lamfalussy-Modell nicht uneingeschränkt und nicht unverändert auf den Bankensektor übertragen werden kann, weil hier nicht Marktaufsicht wie im Wertpapiersektor, sondern die Institutsaufsicht sowie Fragen der Systemstabilität im Vordergrund stehen. Schon bei der Formulierung der Rahmenregelungen

sind Querverbindungen zur gesamten Volkswirtschaft zu beachten, die eine Beteiligung von Notenbankexperten notwendig erscheinen lässt.

In prozeduraler Hinsicht empfehle ich, dass die Frage der Reform der Regulierung und Aufsicht in Europa nicht ohne Einschaltung externer Sachverständiger behandelt wird. Ich schlage deshalb vor, vor einer politischen Entscheidung zu einem Hearing mit Experten einzuladen, z. B. unter Teilnahme der Herren Lamfalussy, Mc Donough und Crockett. Soviel Zeit muss sein. Qualität ist entscheidend und der m. E. künstlich erzeugte Zeitdruck ist schädlich. Es ist nicht sachgerecht, die in mehr als dreißig Jahren gewachsenen Strukturen in der europäischen Aufsicht in wenigen Wochen grundlegend verändern zu wollen.

Die Art und Weise wie diese Thema derzeit im Wirtschafts- und Finanzausschuss des ECOFIN-Rates behandelt wird, lässt allerdings den Schluss zu, dass die Politik an sorgfältiger Analyse und intensiver Beratung weniger Interesse hat.

Auch aus diesem Grund ist die heutige Anhörung nicht hoch genug einzuschätzen.

Wie bereits erwähnt ist Finanzstabilität nach wie vor in erster Linie eine Frage der Stabilität der Kreditinstitute und Märkte. Der Fokus einer EU-weiten Stabilitätsanalyse muss deshalb weiterhin auf dem EU-Bankensystem liegen. Um Probleme bei Konglomeraten und Risiken bei Versicherungsunternehmen zu behandeln, erscheint mir der Vorschlag der Kommission sachgerecht und wegweisend, den „Cross-sector Roundtable“, in dem alle Gremien, die in der Finanzaufsicht tätig sind beteiligt sind, stärker auszubauen und dabei das BSC einzubinden.

Lassen Sie mich als Fazit festhalten:

1. Bei der Frage nach einer neuen Aufsichtsstruktur in Europa müssen alle Optionen sorgfältig geprüft werden. Ein Projekt in dieser Tragweite sollte nicht in dieser Eile umgesetzt werden. Ich halte weitere intensive

Diskussionen sowie eine Anhörung mit Experten für dringend erforderlich.

2. Bei Änderungen der Aufsichtsstrukturen in Europa müssen die Notenbanken weiterhin angemessen auf allen Ebenen unterhalb des ECOFIN-Rates, d. h. auf Level II und Level III, beteiligt werden. Jede Neuregelung muss im Einklang mit Artikel 105 (5) des EU-Vertrages stehen, der die Mitwirkung des ESZB in Fragen der Aufsicht über die Kreditinstitute und der Stabilität des Finanzsystems regelt.
3. Das europäische Kooperationsmodell einer dezentralen Aufsicht hat sich bewährt und kann derzeit als „politisches Optimum“ bezeichnet werden. Allerdings gilt es die Kooperation zwischen Notenbanken und Aufsichtsbehörden weiter zu verbessern im Sinne einer ganzheitlichen Aufsicht, die mikro- und makro-prudenzielle Aspekte verbindet und die daraus entstehenden Synergien nutzt.